

Rosenland



Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 3

Februar 2006

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Editorial | 1 |
| Impressum | 1 |
| Beiträge | |
| Steffen Kathe: Die Detmolder Grabbe-Gesellschaft: Vorgeschichte und Gründung | 2 |
| Dokumentation A | |
| Wilfried Reininghaus: Laudatio zur Verleihung des Förderpreises des LWL am 30. Oktober 2005 in Lage | 15 |
| Roland Linde: Bäuerliches Familienbewusstsein und Selbst- verständnis in der Frühen Neuzeit. Beispiele aus Lippe | 17 |
| Gudrun Mitschke-Buchholz: Zwischen Verstrickung und ästhetisierendem Gedenken. Zum Umgang mit dem Holocaust | 22 |
| Dokumentation B | |
| Wolfgang Bender: „Schutzhaft“ – auf dem Weg in den Terrorstaat | 26 |
| Projekte | |
| Jürgen Hartmann/Dietmar Simon: Artur Schweriner (1882-1941) – Eine Projektskizze | 31 |
| Rezensionen | |
| Frank Budde: Holz und Historismus. Der Zimmer- meister Wilhelm Schmidt und seine Bauten in Detmold. Detmold 2005 (<i>Andreas Ruppert</i>) | 38 |
| Notizen | |
| En passant: Lage - provinziell oder weltoffen? | 40 |

Editorial

„Rosenland“ will über lippische Geschichte informieren und, etwa in der Zeitgeschichte, die auch den Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet, die dunklen Seiten ausleuchten. Es will aber auch über aktuelle Entwicklungen informieren. Und es würde gerne Kontroversen anregen und austragen. Kritisches zu einzelnen Beiträgen in den bisherigen beiden Ausgaben war zu hören, ist aber leider nicht zu Texten geronnen, die veröffentlicht werden könnten. Wir appellieren deshalb an die Leserschaft, die Beiträge zu kommentieren und kritische Einwände zur allgemeinen Diskussion zu stellen.

Die Herausgeber.

Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.
Herausgeber und Redaktion:
Jürgen Hartmann (Rheine) und Andreas Ruppert
(Paderborn).
V.i.S.d.P.: Jürgen Hartmann, Barbarastraße 36 c, 48429
Rheine.
URL: www.rosenland-lippe.de
Webmaster: Hartmut Dirks (Emden),
hartmut-dirks@email.de
Anfragen, Beiträge etc. an:
redaktion@rosenland-lippe.de
Erscheinungsweise: 3 bis 4 Ausgaben im Jahr.
Die nächste Ausgabe erscheint April/Mai 2006.
Redaktionsschluss: 15. April 2006.

Die Detmolder Grabbe-Gesellschaft: Vorgeschichte und Gründung

von Steffen Kathe

Einleitung

Die kulturellen Begebenheiten einer ganzen Region sind manchmal auf das Engagement einiger weniger Menschen zurückzuführen, ein Engagement, das durchaus aus verschiedenen Beweggründen entstehen kann. Für die lippische Stadt Detmold verbindet sich die Kulturpolitik der dreißiger und vierziger Jahre stark mit dem Mittelschullehrer Dr. Heinrich Hollo, der, nachdem er zu Beginn der dreißiger Jahre nach Detmold kam, zunächst seiner starken nationalsozialistischen Gesinnung nachgebend, die NS-Kulturgemeinde (NS-KG)¹ in Detmold gründete, und dann auch noch die Detmolder Grabbe-Gesellschaft zusammen mit dem Gauleiter Meyer, dem Reichsdramaturgen Schösser und dem Reichspropagandaminister Goebbels ins Leben rief. Beide Kulturorganisationen waren durch die Unterstützung der gesamten Parteiprominenz, angefangen bei der Hitler-Jugend (HJ) und deren Bund Deutscher Mädel (BDM) bis hin zur Sturmabteilung (SA) und Schutzstaffel (SS), überaus erfolgreich, was sich vor allem durch die Mitgliederzahlen ausdrückte. Gegen Ende der dreißiger Jahre erreichte die Detmolder Grabbe-Gesellschaft sogar eine überregionale Bedeutung, wie sich leicht an den im gesamten Reichsgebiet erschienenen Zeitungsartikeln ablesen lässt. Kaum eine der großen deutschen Tageszeitungen wagte es mehr, die Detmolder Bemühungen um den Dramatiker Christian Dietrich Grabbe zu ignorieren. Doch der Weg dahin war durch eine Ent-

¹ Die offizielle Abkürzung des Dritten Reiches für die NS-Kulturgemeinde war in der Tat „NS-KG“. In einigen Quellen wird jedoch (wohl aus Unwissenheit) von den jeweiligen Autoren das Akronym „NSKG“ verwendet. In den nachfolgend zitierten Quellen wird das fehlerhafte „NSKG“ der Originalität wegen beibehalten.

wicklung gekennzeichnet, die vielleicht nicht einzigartig, aber dennoch beachtenswert war.

Ein Großteil der Quellen, der für die Aufarbeitung dieses Stücks regionaler Geschichte der Kulturpolitik notwendig war, lagert seit kurzer Zeit im Staatsarchiv Detmold, wo er inzwischen verzeichnet wurde und benutzbar ist. Es sind vor allem die Akten der NS-Kulturgemeinde Detmold, die neben den Personalakten Dr. Heinrich Hollos und den Akten des Amtsgerichts zur NS-KG Detmold dort aufbewahrt werden.² Schwieriger ist es, die Akten aus der Gründungsphase der Grabbe-Gesellschaft einzusehen, denn sie liegen bei der Grabbe-Gesellschaft selbst und sind bisher völlig ungeordnet geblieben.³ Es handelt sich meist um den Schriftwechsel der Gesellschaft, aber auch um die Mitgliedskartei aus der nationalsozialistischen Zeit und um eine Sammlung von Presseveröffentlichungen der Dreißiger Jahre. Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe gedruckter und veröffentlichter Quellen, die das Gesamtbild insgesamt abrunden. Zu nennen sind hier zunächst die Tageszeitungen des Detmolder Raums, und für die spätere Entwicklung der Grabbe-Gesellschaft ab 1937 auch die Zeitungen aus dem gesamten Reichsgebiet.

Die Forschungsergebnisse aus dem ganzen Komplex der Kulturorganisationen sind auf einige wenige Ämter und Institutionen verteilt. Eine umfassende Monographie zur deutschen Kulturpolitik während des Nationalsozialismus, die auch die institutionsgeschichtlichen Aspekte aufarbeitet, steht bisher noch aus. Speziell zur NS-Kulturgemeinde, die ihre Arbeit aufgrund einiger Querelen auf der nationalsozialistischen Führungsebene bereits 1937 einstellen musste, fehlt eine wissenschaftliche Darstellung, so dass diese Be-

² Der Bestand NS-KG Detmold wird im Nordrhein-Westfälischen Staats- und Personenstandsarchiv Detmold (im Folgenden: StA DT) unter L 115 H geführt. Die Personalakten Dr. Hollos finden sich unter StA DT D 9 Detmold 1 Nr. 138, „betr. den Mittelschullehrer Dr. Hollo“; die Akten des Amtsgerichts unter StA DT D 23, Nr. 3107, „Amtsgericht Detmold betr. den Verein: Die NSKG, Ortsverband Detmold“.

³ Die Akten des „Grabbe-Archivs“ (GrA) werden mit Nennung der betreffenden Nummer zitiert.

sucherorganisation bisher kaum Beachtung gefunden hat.⁴ Demgegenüber hat die Grabbe-Gesellschaft, die nach Kriegsende unter umgekehrten Vorzeichen weiter bestehen sollte, in ihren Jahrbüchern und in anderen Publikationen ihre Geschichte zum Teil schon aufgearbeitet.⁵ Eine Analyse des Übergangs von der NS-KG zur Grabbe-Gesellschaft in Detmold, konnte bislang wegen der fehlenden Quellen zur NS-KG nicht unternommen werden. Sie bietet sich jedoch wegen der nicht zu übersehenden Zusammenhänge in der Personalpolitik beider Organisationen, ihrer Mitgliedsstrukturen bis 1945 und ihrer direkten chronologischen Nachfolge geradezu an.

Um die Begebenheiten, die schließlich in die Gründung der Grabbe-Gesellschaft mündeten, hinreichend zu klären, ist es zunächst einmal unumgänglich, den Werdegang der Detmolder NS-Kulturgemeinde aufzuzeichnen. Dieser ist untrennbar mit dem persönlichen Stil ihres Ortsobmannes Dr. Hollo verbunden, dessen biographische Eckdaten deshalb ausführlicher besprochen werden sollen. Nur so wird die Verbindung der NS-KG Detmold mit der Grabbe-Gesellschaft deutlich; letztere wurde schließlich von Dr. Hollo mit begründet und während der nationalsozialistischen Jahre durch ihn entscheidend geprägt. Ferner werden so die Beweggründe für die plötzliche Aufgabe der NS-KG Detmold durch Dr. Hollo deutlich, ohne die die grandiose Gründungsphase der Grabbe-Gesellschaft, die sehr schnell von der Presse als „reichsweit wichtig“ eingestuft wurde, wohl nicht möglich gewesen wäre.

⁴ Vgl. dazu Steffen R. Kathe: Die NS-Kulturgemeinde in Detmold; in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 68 (1999), S. 227-282.

⁵ Vgl. u. a. Werner Broer/Detlev Kopp: Grabbe im Dritten Reich. Zum nationalsozialistischen Grabbe-Kult. Bielefeld 1986 und Werner Broer: Die Grabbe-Gesellschaft im Dritten Reich; in: Werner Broer u. a. (Hgg.): Grabbe-Jahrbuch 6 (1987), S. 65 bis 78. Weiterhin Werner Broer: Die Grabbe-Gesellschaft in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sowie Michael Vogt: „Durchbruchschlacht für Grabbe“, beide in: Stadt Detmold (Hrsg): Nationalsozialismus in Detmold (bearb. von Hermann Niebuhr und Andreas Ruppert). Bielefeld 1998. S. 571-588 und 589-610.

Die NS-Kulturgemeinde in Detmold

Bereits Ende der Zwanziger Jahre begann die NSDAP, sich verstärkt im kulturellen Sektor zu engagieren. Der erste Ausdruck dieser Bemühungen war neben der Schaffung einiger parteiinterner Ämter⁶ die Gründung der „Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur – nationalsozialistische wissenschaftliche Gesellschaft“ (NGfdK) im Jahre 1928, die jedoch schon ein Jahr nach ihrer Schaffung in „Kampfbund für deutsche Kultur“ (KfDK) umbenannt wurde.⁷ Die Initiatoren der neuen Organisation waren u. a. Himmler, Strasser und Rosenberg, womit der Neugründung eine gewisse Bedeutung verliehen wurde. Während nun in den folgenden Jahren die Mitgliederzahlen immer weiter stiegen, bis sie am 1. Oktober 1933 schließlich 38.000 Mitglieder in etwa 450 Ortsgruppen umfassten,⁸ begann man mit dem Ausbau des Kampfbundes zur Massenorganisation mit eigenen Unterorganisationen. Mit den eigenen Ablegern für bestimmte künstlerische Berufsgruppen stieg der Einfluss des Kampfbundes dann immer weiter an. Schließlich war es der KfDK, der zum großen Teil mitbestimmte, wer auf den Verbotslisten der neuen Machthaber stand, welche „gegnerische“ Veranstaltungen gestört werden sollten und welche Hochschuldozenten sich nicht mehr des Vertrauens der selbsternannten NS-Kulturpolitiker erfreuen durften.

Später schloss sich der Kampfbund mit einigen Theaterbesucherorganisationen zusammen und

⁶ Die neuen Ämter waren der „Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP“, später kurz „Amt Rosenberg“ genannt, und der „Reichspropagandaleiter der NSDAP“.

⁷ Zur Gründungsgeschichte der NS-KG vgl. Hildegard Brenner: Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus. Hamburg 1963. S. 8 bis 10.

⁸ Die Zahlen sind aus Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970. S. 29 entnommen. Es handelt sich dabei um Schätzwerte. Lionel Richard: Deutscher Faschismus und Kultur. Aus der Sicht eines Franzosen. München 1982, S. 166 zitiert lediglich die Zahlen von Bollmus.

bildete damit den Grundstein für die NS-Kultur-gemeinde (NS-KG), die sofort vom 4. Juni 1934 an von Alfred Rosenberg geleitet wurde. Die Geschichte der NS-KG ist eine Erfolgsgeschichte. Obwohl die „Gemeinde“, wie sie von vielen ihrer Bewunderer genannt wurde, niemals zur NSDAP gehörte, es ihr also immer an einer gewissen Legitimation fehlte, verstand sie es, über eine Million Mitglieder anzuwerben. Als sie schließlich am 12. Juni 1937 in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert wurde, war sie bereits eine der einflussreichsten Kulturorganisationen des Dritten Reiches, die mit weit über 10.000 Veranstaltungen pro Jahr unzählige Menschen erreichte und somit beeinflusste.⁹ Viele Professoren, Lehrer und sonstige Multiplikatoren der „nationalsozialistischen Idee“ waren mit Stolz Mitglieder der NS-KG und genossen die Vorteile und Vergünstigungen, die ihnen die „Gemeinde“ bot. Überall im Reich entstanden die über eintausend Ortsgruppen, die allesamt als gemeinnützige Vereine anerkannt wurden und die regionale Kulturpolitik maßgeblich mitgestalteten. Die NS-KG verstand es durchaus, in ihren Aufführungszahlen mit den öffentlichen oder privaten Organisations gleichzuziehen, was dann auch die ortsansässige Parteipresse entsprechend würdigte. Ein Kreislauf von immer mehr Veranstaltungen, immer mehr Ortsgruppen und immer größerem Presseecho führte unweigerlich zu einer Beeinflussung der Massen durch die Träger der Ideologie; niemand, der sich für Kultur interessierte und keiner der Kulturschaffenden konnte sich auf Dauer der Kulturgemeinde verschließen.

In Detmold gab es zwischen 1933 und 1935 eine Ortsgruppe des Kampfbundes für deutsche Kultur, die aber in diesen zwei Jahren nur mit mäßigem Erfolg agieren konnte. Die ortsansässigen Zeitungen ignorierten die Bemühungen des KfDK völlig und auch die Mitgliederzahl blieb mit 32 Personen eher bescheiden.¹⁰ Immerhin

⁹ Die Zahlen wurden entnommen aus: Kunst und Volk. Amtliches Organ der NS-Kulturgemeinde. Berlin 4/1936 – 5/1937, 6/36, S. 226.

¹⁰ Hinweise zur Detmolder Ortsgruppe des KfDK finden sich lediglich in einem Schreiben eines KfDK-Mitglieds an die spätere NS-KG Detmold vom 12. Mai 1935; in: StA DT

konnte der Kampfbund in Detmold einen Professor, wenige Lehrer und einige hohe Beamte zu seinen Mitgliedern rechnen. Wahre Bedeutung erlangte der Bund dennoch nicht. Erfolgreicher war da bereits die Gründungsversammlung der NS-KG Detmold am 26. Januar 1935, an der bereits 28 Personen teilnahmen. Unter ihnen befand sich ein Teil der örtlichen Bildungselite, namentlich ein Professor, vier Doktoren und einige Beamten und Lehrer. Sie alle hörten eine Eröffnungsrede ihres späteren Ortsobmannes Dr. Hollo, in der er eine nationalsozialistische Einheit im kulturellen Leben forderte, die der bisherigen Vielfalt endlich Einhalt gebieten könne. Neben den ideologischen Bekenntnissen fixierte Dr. Hollo auch die angestrebte Rechtsform der NS-KG Detmold; man wolle den Ortsverband – so wie es auch die Satzung der reichsweiten NS-KG vorsah – als gemeinnützigen Verein eintragen lassen, um so diverse steuerliche Vorteile in Anspruch nehmen zu können. Im Überschwang der Stimmung während der Gründung bemerkte niemand, dass die angestrebte Satzung der Ortsgruppe elementaren Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) zum Vereinsrecht widersprach. Ein Umstand, der ein Jahr später das Detmolder Amtsgericht nur zu der Entscheidung kommen ließ, dass eine Gemeinnützigkeit im Sinne des Gesetzes nicht gegeben sei. Trotzdem kam es zu keinerlei Konsequenzen für den Ortsverband, denn Dr. Hollo verstand es, in seinem Auftreten und in seinen Schreiben den Eindruck zu erwecken,¹¹ der Verein sei durchaus rechtsfähig und damit auch in der Lage, Verträge zu schließen und Rechnungen auszustellen.

Schon kurze Zeit nach ihrer Gründung begann die NS-KG Detmold damit, die kulturellen Institutionen in Detmold gleichzuschalten. Alle anderen Organisationen sollten sich der „Gemeinde“ unterordnen, um so die NS-KG zum alleinigen Träger aller Veranstaltungen zu machen. Damit wurde dann in der Tat der bisherigen kulturellen

L 115 H Nr. 25 und in den Mitgliedlisten des KfDK Detmold; in: StA DT L 115 H Nr. 2.

¹¹ In internen Schreiben, wie z. B. vom September 1937, bestätigte Dr. Hollo die fehlende Rechtsfähigkeit der Gruppe durchaus.

Vielfalt eine nationalsozialistischen Einheit entgegengesetzt, wie es Dr. Hollo immer wieder forderte. Keiner der Detmolder Kulturvereine setzte diesen anmaßenden Bestrebungen einen wie auch immer gearteten Widerstand entgegen. Selbst das Lippische Landeskonservatorium, ein eingetragener Verein, der immerhin viermal so viele Mitglieder zählte wie die NS-KG, sah als einzige zu berücksichtigende Schwierigkeit bei seiner Gleichschaltung den finanziellen Ausgleich für eventuell entgangene Aufführungen oder Spenden. Einig wurden sich beide Organisationen schließlich bei einer jährlichen Pauschalzahlung von 600 Reichsmark (RM), für die das Konservatorium bereit war, seine Eigenständigkeit aufzugeben. Das Landeskonservatorium forderte alle seine Mitglieder auf, „vom Grundsatz ausgehend, dass die NSKG die wesentliche Trägerin kultureller Belange sein soll“¹², dem Beitritt zuzustimmen.

Noch unkomplizierter für die Kulturgemeinde war die Übernahme des Detmolder Bildungsvereins, der sich ohne Bedingungen von der NS-KG gleichschalten ließ. Er wurde am 17. Juni 1936 aus dem Vereinsregister gestrichen; seine Mitglieder in die NS-KG „übergeführt“¹³. Der Detmolder Bürgermeister Keller gratulierte dem Bildungsverein zu dieser Entscheidung.¹⁴ Die NS-KG verstand es zudem, den Lippischen Kunstverein e. V. und den Naturwissenschaftlichen Verein Detmold e. V. noch im selben Jahr in ihre Reihen zu überführen. Letzterer gab sogar eine fast einhundertjährige Selbständigkeit auf und wollte seine Mitglieder in der Detmolder NS-KG „anmelden“. Damit hatten sich alle wichtigen Kulturvereine Detmolds einer freiwilligen Gleichschaltung unterzogen, ohne dass einer der Vereine unter Druck gesetzt worden wäre oder gar Repressalien zu befürchten gehabt hätte. Dieser Vorgang ist innerhalb der NS-KG einmalig, denn kein anderer Ortsverband

¹² Der gesamte Vorgang des Beitritts des Lippischen Landeskonservatoriums zur Detmolder NS-KG findet sich in StA DT L 115 H Nr. 2. Hier: Brief des Landeskonservatoriums an seine Mitglieder, ohne Datum.

¹³ Vgl. ebd., Wortlaut eines Briefes der NS-KG Detmold an ihre Gaudienststelle in Münster vom 17. Juni 1936.

¹⁴ Vgl. ebd., Brief des Detmolder Bürgermeister Keller an den Vorstand des Bildungsvereins vom 28. Juli 1936.

im Reich hatte es verstanden, eine derartige vollständige kulturelle Gleichschaltung zu erreichen.

Dieser schnelle Erfolg ging Hand in Hand mit einem Mitgliederzuwachs der Ortsgruppe von 30 auf über 600 Mitglieder im Jahre 1937, womit in der Stadt Detmold mit 20.000 Einwohnern etwa 3 % der Bevölkerung der NS-KG angehörten. Eine derart hohe Mitgliederdichte war ebenfalls in der gesamten NS-KG unerreicht. Unter den Mitgliedern und Förderern der Detmolder „Gemeinde“ befand sich die gesamte städtische Bildungselite, von Professoren über Lehrer bis hin zu den hohen Beamten. Ferner verstand es Dr. Hollo, die Ortsverbände der SS, SA, HJ und des BDM sowie die Offiziere der Detmolder Wehrmachtgarnison zur Zusammenarbeit zu bewegen und ihre hohen Offiziere und Leiter regelmäßig zum Besuch der Veranstaltungen der NS-KG zu animieren.¹⁵

Das rasche Wachstum und die schnell zunehmende Bedeutung der Detmolder Ortsgruppe der NS-KG war nicht zuletzt auf seinen engagierten und in gewissen Dingen fast schon charismatisch wirkenden Ortsobmanns Dr. Hollo zurückzuführen. Heinrich Hollo wurde am 3. Mai 1887 in Minden als Sohn des Bauern Wilhelm Hollo geboren. Er schloss 1907 die Mittelschule ab und besuchte nach seinem Abitur ab 1912 die Berliner Universität, an der er fünf Semester lang Geschichte und Deutsch studierte. Der Weltkrieg machte auch Heinrich Hollo zum Soldaten und ließ ihn an den Kämpfen vor Verdun und an der Somme teilnehmen. Seine militärische Karriere wurde mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes 2. Klasse (EK 2) für besondere Tapferkeit und der Beförderung zum Leutnant gekrönt. Nach seiner Rückkehr in das Zivilleben lernte er Elfriede Messmann kennen, die er noch 1919 heiratete. Bereits drei Jahre später promovierte Hollo in Münster im Fach Staatswissenschaft mit dem Thema „Die Volksschule im politischen Kampf nach der Revolution“ und trat danach in den

¹⁵ Vgl. ebd., Briefwechsel der NS-KG Detmold mit der SS, SA, HJ, BDM sowie Wehrmacht. Die Beziehungen zur örtlichen SS wurden im Übrigen von beiden Seiten als „überaus herzlich“ bezeichnet.

preußischen Schuldienst ein. Er benötigte für seinen Aufstieg zum Rektor nur die Jahre bis 1924 und leitete schließlich eine Schule in Porta-Barkhausen.¹⁶ Hollo machte also eine Bilderbuchkarriere, die auch der Kriegsdienst nicht beeinflusste. Erst die nun folgenden Parteimitgliedschaften beendeten seinen Aufstieg im preußischen Schuldienst. Hollo war bis zum Jahre 1932 Mitglied verschiedener Parteien mit demokratischem Anstrich (Deutsche Volkspartei und Deutsche Staatspartei); erst zum 1. August 1932 trat er mit der Mitgliedsnummer 1.265.520 in die NSDAP ein.¹⁷

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde Hollo von einigen Lehrerkollegen denunziert. Angeblich hatte er bei den Goethe-Festspielen der Freilichtbühne in Porta, deren Leiter er war, mit marxistischen Schauspielern zusammengearbeitet.¹⁸ Diese Behauptung ließ sich zwar nicht beweisen, genügte aber, um Hollo offiziell wegen des §5 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, eines „Gummiparagraphen“, mit dem jeder Beamte ohne Angabe von Gründen gekündigt oder versetzt werden konnte,¹⁹ in eine einfache Lehrerstelle zurückzusetzen. In der gleichen Zeit bemühte man sich, offenbar unterstützt von der Gauleitung, in Lippe um ihn. In Detmold sollte er eine leitende Funktion beim Aufbau der neuen Knaben-Mittelschule übernehmen. 1934 wurde er dann aus dem preußischen Staatsdienst entlassen und zum 1. September 1939 in den lippischen Staatsdienst übernommen. Anfang 1933 war er in den Nationalsozialistischen Deutschen Lehrerbund (NSLB) ein und ließ sich 1935 zum Kreisredner der NSDAP in Detmold bestimmen. Nach der Gründung der Detmolder Gruppe der NS-Kulturgemeinde im Jahre 1935 wurde er

deren Ortsobmann blieb es auch bis zum Ende der NS-KG. Sein Engagement in politischen und kulturellen Dingen machte die Erfolgsgeschichte der Detmolder „Gemeinde“ erst möglich. Er kümmerte sich um fast alle organisatorischen Fragen, verhandelte mit den Künstlern, hielt Kontakt zu den übergeordneten Stellen, schrieb Berichte für Zeitungen und sorgte durch eine umfassende Werbung für neue Mitglieder in der Detmolder NS-KG. Dabei verfasste er in den etwas über zwei Jahren der Existenz seines Verbandes einige tausend Schreiben, was für seinen Fleiß und seine Überzeugung von der nationalsozialistischen Kulturidee spricht. Lediglich die Regelung der Finanzen überließ er seinem Geschäftsführer, dem Detmolder Buchhändler Ernst Schnelle. So ist es dann nicht weiter verwunderlich, dass sämtliche Beurteilungen Dr. Hollos aus dieser Zeit, egal ob von Seiten der NSDAP oder von Freunden und Kollegen, ihn in den höchsten Tönen loben. Die NSDAP-Kreisleitung Minden beispielsweise bescheinigte Dr. Hollo, dass „er ein strebsamer, williger und treuer Nationalsozialist“²⁰ sei. Die Karriere Dr. Hollos wurde gerade in diesen Jahren äußerst positiv beeinflusst. Nach der ersten erfolgreichen Grabbe-Woche in Detmold im Jahr 1936 wurde Hollo 1938 zum Geschäftsführer der neu gegründeten Grabbe-Gesellschaft ernannt. Dieses Amt wurde vom Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg Lippe Dr. Meyer, der auch Gauleiter des Gaues Westfalen-Nord war, mit Hollo besetzt, da der Statthalter von dessen besonderen Verdiensten überzeugt war. Auch später machte sich Dr. Meyer vor allem in Beförderungsfragen wiederholt für Hollo stark, der ihm wohl besonders ans Herz gewachsen war.²¹ Dr. Hollo verblieb bis zum Ende des Krieges im lippischen Schuldienst und konnte sich bei seiner Entnazifizierung, deren Ergebnis die Einstufung in die Kategorie IV ohne Einschränkungen war,²²

¹⁶ Zu den allgemeinen Lebensdaten Dr. Hollos vgl. StA DT D 9 Detmold 1 Nr. 138, „betr. den Mittelschullehrer Dr. Hollo“, Personalbogen.

¹⁷ Zur Parteienmitgliedschaft vgl. vor allem ebd., S. 53, Schreiben Hollos an den Reichsstatthalter Lippe und Schaumburg Lippe Dr. Meyer vom 19. Dezember 1937.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 74, Dr. Meyer an das RMWEV, ohne Datum.

¹⁹ Vgl. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933; in: Reichsgesetzblatt, Teil I, 1933, S. 175.

²⁰ Vgl. StA DT D 9 Detmold 1 Nr. 138, S. 76, Zeugnis der NSDAP-Kreisleitung Minden, ohne Datum.

²¹ Davon zeugen gleich mehrere Schreiben Dr. Meyers an verschiedene Adressaten; in: ebd.

²² In die Kategorie IV wurden bei der Entnazifizierung nur Personen eingestuft, die als „unbelastet“ galten. Eigentlich durften diese Personen keine freiwilligen Mitglieder in nationalsozialistischen Vereinen oder Verbänden gewesen sein. Es liegt nahe, dass Dr. Hollo bei der wahrheitsgemäßen

angeblich nicht mehr an seine Rolle in der NS-KG erinnern. Diese Beurteilung erklärt sich u. a. durch sein Schweigen über seine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Kulturpolitik in Detmold in den Fragebögen der Militärregierung und in der persönlichen Stellungnahme Hollos zu seiner Vergangenheit im Dritten Reich gegenüber der entnazifizierenden Behörde. Diese Kapitel in seinem Leben hielt er offensichtlich für abgeschlossen, als er in einem Schreiben an die Militärregierung betonte, dass er immer Demokrat gewesen sei und sich auch sonst nichts vorzuwerfen habe. Er stünde natürlich voll hinter der neuen Ordnung und sei eigentlich schon immer sozialdemokratischer Gesinnung gewesen.²³ Die Vertreter dieser „neuen Ordnung“ überwies ihm dann nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst bis zu seinem Tode seine Pensionsansprüche in Höhe von monatlich über 600 DM.²⁴

Die Erfolge der Detmolder NS-KG sind letztlich neben dem engagierten Ortsobmann Dr. Hollo auf die zahlreichen Veranstaltungen der Gemeinde zurückzuführen. In den sechs Wintermonaten, in denen die Aufführungen der Detmolder NS-KG stattfanden, war man natürlich bestrebt, für die Mitglieder möglichst viele ansehnliche Darbietungen zu organisieren. Problematisch war dabei, dass trotz der erfolgreichen kulturellen Gleichschaltung in Detmold der Kulturgemeinde wenigstens noch zwei Konkurrenten verblieben sind. Es handelte sich um die private Konzertdirektion Hamann und das Landestheater Detmold, mit denen die dortige Ortsgruppe der NS-KG sich einigen musste, um Überschneidungen im Spielplan zu verhindern. Die begrenzte Zahl an Kulturinteressierten in einer Kleinstadt wie Detmold lässt zunächst einmal nur eine begrenzte Anzahl an Aufführungen zu, denn selbst

Angabe seiner Mitgliedschaft und seines Amtes als Ortsobmann in der NS-KG nicht mehr in die Kategorie IV, sondern wahrscheinlich in die Kategorie III eingestuft worden wäre.

²³ Vgl. die Entnazifizierungsbögen und die Stellungnahmen Hollos vom 19. Mai 1945 bis Ende 1948; in: ebd., S. 155ff.

²⁴ Vgl. die Berechnung der Pensionsansprüche Hollos in den Fünfziger Jahren und die Kassenanweisungen bei der Auszahlung; in: ebd., ohne Seitenzahl.

bei zwei Darbietungen pro Abend brachte man sich gegenseitig um die Zuschauer und damit um entscheidende Gelder. Letztlich kam es zwischen den Konkurrenten zu einer Aufteilung der Wochentage, die der NS-KG nur noch den Donnerstag als Aufführungstag ließ; den Montag erhielt die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (NSG-KdF), den Dienstag die Konzertdirektion Hamann und den Mittwoch, Freitag und Sonntag das Landestheater Detmold.²⁵

Trotz der Tatsache, dass so die NS-KG bestenfalls 20 Aufführungen pro Jahr zu planen hatte, ergaben sich in der Praxis erhebliche Schwierigkeiten mit der Organisation der einzelnen Abende. Die wirklich interessanten, weil bekannten Künstler kamen meist nicht in Frage, da die „Gemeinde“ nicht in der Lage war, die hohen Gagen zu zahlen oder der Künstler selbst schlichtweg kein Interesse an einem Auftritt in Detmold hatte. Deshalb war der Ortsobmann Dr. Hollo oft versucht, sich wenig bekannte Künstler aus den Informationslisten herauszusuchen, die ihm regelmäßig von der Reichsleitung der NS-KG, der übergeordneten Gaustelle oder von privaten Künstlervermittlern zugesandt wurden. Daneben bewarben sich auch viele Künstler direkt bei Dr. Hollo, so dass auf den Schreibtischen der „Gemeinde“ schnell gewaltige Mengen an Informationsmaterial lagen.²⁶ Die meisten Angebote bestanden jedoch aus derart unbekannt Namen und Aufführungen, dass sich Dr. Hollo meist für einen der offiziell vorgeschlagenen Darbieter entschied. Der große Vorteil dieser Künstler war die offizielle Prüfung ihrer Gesinnung, d. h. Dr. Hollo konnte davon ausgehen, dass ein von der Reichsleitung der NS-KG vorgeschlagener Kunstschafter wirklich als „unbedenklich“, also nationalsozialistisch, eingestuft war. Die Verpflichtung der Künstler selbst blieb immer eine aufwendige bürokratische Angelegen-

²⁵ Die Aufteilung der Wochentage wurde sowohl in der Lippischen Tageszeitung vom 6. Juli 1937 als auch in der Lippischen Staatszeitung, ebenfalls vom 6. Juli 1937, bekannt gegeben.

²⁶ Diese Programmvorschläge finden sich zu Hunderten in: StA DT L 115 H Nr. 6. Sie umfassen einen Zeitraum von Februar 1935 bis Juli 1937.

heit, die sich über Monate hinziehen konnte. Allein die Abstimmung zwischen dem Künstler, der Detmolder Ortsgruppe, der Gaustelle der NS-KG, der Reichsleitung der NS-KG und zuweilen auch noch einer privaten Vermittlungsorganisation war ein Balanceakt zwischen den einzelnen Interessen, angefangen bei der Honorarforderung bis hin zur Prüfung auf Zulassung bei der NS-KG, der „arischen“ Unbedenklichkeit des Künstlers und zur Einstufung als „reichsweit wichtig“ oder eben nicht. Oftmals überschritt sich der briefliche Kontakt zwischen den beteiligten Parteien, so dass es zu Missverständnissen aller Art kam, oder ein Auftritt konnte erst Stunden vor der Aufführung mittels Telegrammen endgültig verbindlich gemacht werden.

Der Lohn für diese bürokratischen Mühen war eine durchaus gesunde Finanzlage, die auch über kleinere Engpässe hinweghelfen konnte. Allein die Mitgliedsbeiträge beliefen sich auf etwa 3000 RM im Jahr, hinzu kamen noch einmal 500 RM an Eintrittsgeldern und die manchmal nicht unerheblichen Spenden oder Zuschüsse. Selbst bei der Auflösung des Kontos der NS-KG blieb noch ein Überschuss von 422 RM,²⁷ der nochmals für die sichere finanzielle Situation spricht. Immerhin handelte es sich um einen Betrag, der dem monatlichen Einkommen eines Lehrers entsprach. Dr. Hollo verkündete schließlich auch in der Lippischen Tageszeitung, dass die finanzielle Lage der Detmolder „Gemeinde“ eine „überaus gute“ sei.²⁸ Trotzdem verhielt sich die Detmolder Ortsgruppe nach außen hin immer so, als ob keinerlei Mittel vorhanden wären. Der Grund dafür war aber eher politischer Natur. So wurden Rechnungen für Anzeigen in der Lippischen Staatszeitung immer erst nach der dritten Mahnung bezahlt, weil die Staatszeitung sich wegen des rechtlich unsicheren Status der Detmolder NS-KG lange Zeit weigerte, auf Veranstaltungen der „Gemeinde“ kostenlos in ihrem redaktionellen Teil hinzuweisen. Ebenso blieben die Rechnungen der

²⁷ Vgl. das Kontogegenbuch der NS-KG Detmold, Konto Nr. 724; in: StA DT L 115 H Nr. 28.

²⁸ Vgl. Lippische Tageszeitung vom 20. März 1937 unter der Überschrift „Frohes Lachen bei der NSKG“, die sich allerdings auf eine humoristische Veranstaltung bezieht.

„Staatlich genehmigten Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte“ (Stagma) mehrere Monate ohne Reaktion, weil die Detmolder NS-KG erst klären musste, ob sie als quasi staatliche Stelle nicht von den Urheberrechten unberührt bleiben würde. Erst als deutlich wurde, dass eben auch die NS-KG die Gebühren an die Stagma abzuführen hatte, bezahlte die Detmolder Ortsgruppe rückwirkend das von ihr Verlangte. Die übergeordnete Gaudienststelle wurde ferner immer im Ungewissen über die finanzielle Lage des Detmolder Verbandes gelassen, d. h. Dr. Hollo verstand es, die Kulturgemeinde zusammen mit seinem Kassenwart Schnelle mittellos aussehen zu lassen. Nach einer solchen Abrechnung, in der von über 500 RM Schulden zu lesen war, rechnete dann die Gaudienststelle den Detmoldern vor, dass sie doch eigentlich ein Vermögen besitzen müssten.²⁹ Möglich wurden solche fingierten Abrechnungen durch das bewusste Weglassen von Einnahmen durch den Abzeichenverkauf - ein beliebtes Zubrot der meisten NS-KG Ortsgruppen - oder durch das Verschweigen von Spendengeldern. Offenbar befürchtete Dr. Hollo, dass überschüssiges Vermögen von den übergeordneten Stellen konfisziert werden könnte; seine Verschleierungstaktik hatte bis zu seiner endgültigen Amtsniederlegung durchaus Erfolg, denn niemandem gelang es, der NS-KG Detmold ihre genauen Einkünfte nachzuweisen.

Am 30. Juni 1937 erging durch die Berliner Zentrale der NS-KG die Weisung, dass alle ihre Ortsgruppen ab dem nächsten Tag mit in die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ übergeführt werden sollten.³⁰ Ab sofort sei jeder Ortsobmann an den örtlichen KdF-Leiter weisungsgebunden, bei wissentlichen oder unwissentlichen Zuwiderhandlung sei der Obmann sogar persönlich haftbar. Diese Einschränkung brachte die Aktivitäten der meisten deutschen Ortsvereine der NS-KG abrupt zum Stillstand, so dass die später befoh-

²⁹ Vgl. den Briefwechsel der NS-KG Detmold mit der Gaudienststelle in Münster; in: StA DT L 115 H Nr. 28.

³⁰ Vgl. dazu StA DT L 115 H Nr. 3, NS-KG Berlin an den Detmolder Ortsverband vom 30. Juni 1937.

lene offizielle Auflösung der einzelnen Ortsgruppen nur noch mit Resignation aufgenommen wurde.

In Detmold jedoch war die Situation eine besondere, denn schließlich war die Ortsgruppe niemals in das Vereinsregister eingetragen worden und konnte sich so auch nicht austragen lassen, also auflösen. Zudem hatte sich Dr. Hollo durch die Gleichschaltung der meisten Kulturvereine in Detmold eine sehr starke Position verschafft, so dass eine Auflösung der Detmolder NS-KG die kulturellen Bemühungen einer ganzen Region zum Stillstand gebracht hätten. Die nationalsozialistischen Machthaber reagierten auf diese Umstände nach zähen Verhandlungen seitens der Detmolder „Gemeinde“ mit einer Ausnahmegenehmigung, die es dieser Ortsgruppe gestattete, auch nach der Abwicklung der reichsweiten Kulturgemeinde weiter zu bestehen.³¹ Diese entband Dr. Hollo zwar nicht von den Weisungen der NSG-KdF, aber immerhin blieb die Detmolder „Gemeinde“ die einzige im ganzen Reich, für die auch im Winter 1937/38 ein vollständiges Programm mit beinahe 20 Aufführungen nachzuweisen ist. Selbst der Name „NS-Kulturgemeinde Detmold“ durfte weiter benutzt werden, wenn auch mit einigen Einschränkungen. Bis zum Frühjahr 1938 gingen die Bemühungen der NS-KG Detmold; erst im März des Jahres 1938 legten der Ortsobmann Dr. Hollo und der Geschäftsführer Schnelle ihre Ämter nieder.³² Beide gaben sie „ihre“ NS-KG auf, ohne dass dies aus der Situation heraus nötig gewesen wäre. So gab es keinerlei Aktivität der Detmolder Kulturgemeinde mehr nach dem April 1938; die gleichgeschalteten Detmolder Vereine gehörten nun alle zur NSG-KdF, über deren weitere Wirkung nichts bekannt

³¹ Vgl. ebd., Briefwechsel zwischen der NS-KG Detmold und der NS-KG Gaudiendienststelle Münster und dem Amt Feierabend, Volksbildung und NS-KG (in der NSG-KdF) im Juli 1937. Die Ausnahmegenehmigung findet sich in: ebd., Schreiben der Gaudiendienststelle der DAF NSG-KdF an die NS-KG Detmold vom 3. August 1937 und vom 20. August 1937.

³² Vgl. das Schreiben des Geschäftsführers der NS-KG Detmold Schnelle an die DAF-Kreisdienststelle vom 14. März 1938; in: StA DT L 115 H Nr. 12. Schnelle gibt als Grund für seinen Rücktritt die starke Inanspruchnahme durch seine Buchhandlung an.

ist. Die Gründe für die Aufgabe von mehr als zwei Jahren Arbeit durch den bis dahin so engagierten Dr. Hollo sind auf einem völlig neuen Feld zu suchen.

Die Detmolder Grabbe-Gesellschaft

Das Interesse von Dr. Heinrich Hollo wandte sich einer anderen Sache zu. Bereits Ende des Jahres 1935 fasste Hollo sein besonderes Interesse an dem Detmolder Dramatiker Christian Dietrich Grabbe in einem elfseitigen Memorandum zusammen, in dem er die Ausführung einer „Grabbe-Woche“ zum hundertjährigen Todestag des Dichters 1936 vorschlug.³³ Diese Idee Hollos stieß bei den nationalsozialistischen Machthabern auf großes Interesse, meinten sie doch, dadurch die Möglichkeit zu erhalten, ihre ideologischen Vorstellungen unter dem Deckmantel der Dichtung zu verbreiten. Insbesondere der Kreisleiter Wedderwille, aber auch der Gauleiter und Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe Dr. Meyer waren begeistert und beschlossen, die Detmolder Grabbe-Woche zu unterstützen und zu fördern. Demzufolge fand die Veranstaltung eine entsprechende Anerkennung, denn die Aufführungen der Dramen Grabbes, die Vorträge der selbsternannten Grabbe-Kenner (unter ihnen fand sich auch ein Vortrag Dr. Hollos) und die Festreden am Grabe des Dichters beeindruckten die Presse im gesamten Reich. Der Erfolg war derart groß, dass man sich recht schnell darüber einig wurde, die Grabbe-Woche auch weiterhin jedes Jahr zu organisieren, war doch die Bühne für eine nationalistisch geprägte Darstellung von Christian Dietrich Grabbe nirgendwo sonst so plakativ vorhanden wie am Geburts- und Sterbeort des Dichters.

Die Organisation dieser „reichsweit wichtigen“ Veranstaltung bedurfte jedoch, laut den Verantwortlichen der Partei, eines zuvor festgelegten

³³ Das Memorandum findet sich in: StA DT L 110, Plan einer Grabbewoche in Detmold, ohne Datum. Es wird ausführlich von Michael Vogt: „Durchbruchschlacht für Grabbe“. S. 91 ff. besprochen.

Ablauf der Organisation und der Darbietungen, so dass schnell der Plan für die Gründung einer Detmolder „Grabbe-Gesellschaft“ entstand. Im Sommer des Jahres 1937 - die Auflösung der NS-Kulturgemeinde im ganzen Reich war bereits abzusehen - arbeitete Dr. Hollo schon an einer Satzung, um die rechtliche Situation der neuen Kulturorganisation abzusichern und ihre Eintragung in das Detmolder Vereinsregister zu ermöglichen. Er hatte diesbezüglich aus dem Scheitern seiner Bemühungen, der Detmolder NS-KG eben diese Rechtsfähigkeit zu sichern, gelernt, und war nun bemüht, die neue Satzung gegen jegliche Anfechtungen abzusichern. Das Statut konnte am 12. September 1937 beschlossen werden; die Detmolder Grabbe Gesellschaft wurde ohne weitere Schwierigkeiten am 16. Februar 1938 in das Vereinsregister am Amtsgericht Detmold eingetragen.³⁴ Genau zu Beginn des Jahres 1938 schwand dann auch das Interesse von Dr. Hollo an „seiner“ NS-KG Detmold. Er legte sein Amt als Ortsobmann der „Gemeinde“ im März nieder und widmete sich voll und ganz der neuen Aufgabe in der Grabbe-Gesellschaft. Dem Vorstand dieser Organisation gehörten neben ihm der Präsident der Reichstheaterkammer und Reichsdramaturg³⁵ Dr. Rainer Schlösser in Berlin, der Gaukulturwalter Fritz Schmidt in Münster, der Regierungsdirektor Dr. Heinrich Oppermann in Detmold und der stellvertretende Regierungschef und Kreisleiter der NSDAP Adolf Wedderwille in Detmold an. Eine Besonderheit der Satzung der Grabbe-Gesellschaft war im Gegensatz zur NS-KG die Einberufung eines ständigen Beirates, dem neben zehn Amtsträgern aus dem Bereich der Kulturpolitik noch weitere Mitglieder nach Belieben des Schirmherrn oder des Vorsitzenden angehören konnten. So fanden außer den Vertretern der Deutschen Arbeitsfront (DAF), der HJ, des NSLB und Angehörigen der Reichsschriftums- und Reichstheaterkammer auch höhere

³⁴ Vgl. Vereinsregister des Amtsgerichtes Detmold 69-238; in: StA DT D 23 Detmold Nr. 4846.

³⁵ Der Reichsdramaturg war seit 1933 im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda für die Überwachung und Lenkung der Spielpläne der deutschen Bühnen zuständig. Er war somit ein wichtiges Instrument der nationalsozialistischen Kulturpolitik.

Führer von SA und SS in die Detmolder Kulturorganisation. Letztendlich deckte die Mitgliedsliste des Beirates die gesamte regionale NS-Parteiprominenz ab.³⁶

So zahlreich die Parteiprominenz im Vorstand und im Beirat der Gesellschaft auch war, so schwierig war die Werbung der einzelnen Mitglieder. Trotz des großen Medienechos, dass vor allem die Grabbe-Woche immer wieder auslöste, war die Bereitschaft, für eine Mitgliedschaft regelmäßig zu bezahlen, nicht sehr groß. Innerhalb der Gesellschaft wurde offensichtlich von 815 Mitgliedern gesprochen, doch dürfte diese Zahl wohl nicht den Tatsachen entsprechen.³⁷ Nachweisbar durch die Mitgliederkartei³⁸ sind lediglich 222 Privatpersonen, darunter aber 30 Doktoren und 8 Professoren, womit die Akademiker mit 17 Prozent, wie es typisch war für eine literarische Gesellschaft, überdurchschnittlich präsent waren. Hinzu kamen 63 kleinere Städte und Gemeinden, 10 Bibliotheken (u. a. in Weimar, Leipzig, Paderborn, Bielefeld und Münster), insgesamt 46 Schulen und 101 gewerbliche Betriebe. Unter ihnen befanden sich so bekannte Namen wie Benteler, Bertelsmann, Miele, IG Farben, Ruhrstahl und Hugo Stinnes Werke. Zählt man nun alle Körperschaften und alle Privatpersonen zusammen, so hatte die Grabbe-Gesellschaft insgesamt 442 Mitglieder, war also etwa halb so groß, wie bisher angenommen. Aber diese Zahlen verschweigen, dass es sich bei ihnen um die Gesamtzahl der Mitglieder in einem Zeitraum von 1938 bis 1945 handelt. Nimmt man einen Schnitt vor, wie er sich aufgrund der Quellenlage am 24. Mai 1938 anbietet, so erhält man wesentlich kleinere Zahlen. Im Jahr 1938 sind es lediglich 86 Mitglieder, zu denen 23 Körperschaften hinzu-

³⁶ Vgl. die Namen im Anhang. Dr. Heinrich Hollo findet sich nicht auf der Liste, weil er diese wohl selbst erstellt hat.

³⁷ Vgl. Werner Broer: Die Grabbe-Gesellschaft im Dritten Reich; in: Grabbe-Jahrbuch 6 (1987), S. 68. Broer geht ohne eventuell vorhandene „Karteileichen“ von etwa 700 Mitglieder in der Blütezeit aus, weist aber gleichzeitig auf die schwierige Mitgliederwerbung hin.

³⁸ Vgl. GrA, Nr. 1, Mitgliederkartei bis 1948/49. Es sind nur die Mitglieder mit einem Eintrittsdatum vor dem 8. Mai 1945 ausgewertet worden.

kommen.³⁹ Der Mitgliederstand selbst fluktuierte entsprechend, d. h. es kam laufend zu Austritten und Eintritten, so dass die Zahl von 442 Mitgliedern entsprechend relativiert werden muss. Dieses Problem der fehlenden festen Mitglieder war auch innerhalb der Gesellschaft bekannt. Dr. Hollo versuchte deshalb viel, um der Werbung neuer Mitglieder Vorschub zu leisten. Neben dem Verteilen von Flugblättern, teilweise in Auflagen von über 5.000 (!) Stück, schloss er auch einen Vertrag mit seinem alten Vertrauten, dem Detmolder Buchhändler Schnelle, der immerhin 20 Prozent des Mitgliedsbeitrages eines jeden von ihm erworbenen Mitgliedes erhielt.⁴⁰ Zusätzliche Hilfe erhielt die Grabbe-Gesellschaft durch die NSG-KdF, zu der Hollo spätestens seit der Auflösung der Detmolder Kulturgemeinde gute Beziehungen unterhielt. So war die Werbung von Bibliotheken nur unter dem Logo der NSG-KdF erfolgreich, der Grabbe-Gesellschaft selbst sagten Dutzende andere Bibliotheken ab.⁴¹ Überhaupt wurde unverlangte Werbung von den angeschriebenen Körperschaften sehr oft mit dem Vermerk „nicht angefordert“ zurückgesandt.

Ebenso unterschiedlich erfolgreich waren die Bemühungen Hollos, die Detmolder Grabbe-Gesellschaft zu einer reichsweiten Organisation auszubauen. Obwohl es durchaus zu Gründungen von Ortsgruppen in Kassel, Erfurt und München kam, waren diese Gruppen nicht alle so erfolgreich wie der Hamburger Teil der Grabbe-Gesellschaft, der es auf beinahe 100 Mitglieder brachte.⁴² Dem gegenüber stand eine Ortsgruppe wie die

³⁹ Vgl. GrA, Nr. 8, „Grabbe-Gesellschaft 1938“, vom 24. Mai 1938. Eine erneute Zählung 1941 erbrachte 457 Mitglieder inklusive aller Körperschaften, vgl. GrA, Nr. 10 „Einnahmen 40/41“.

⁴⁰ Vgl. ebd., „Rechnungen für die Grabbe-Gesellschaft 1938-39“, Vertrag zwischen Schnelle und Hollo vom 19. Februar 1938. Der Vertrag entstand also nur drei Tage nach der offiziellen Eintragung der Gesellschaft in das Vereinsregister des Detmolder Amtsgericht. Er wurde niemals aufgehoben.

⁴¹ Vgl. GrA, Nr. 8, „Werbung 38-39“, Schriftverkehr zwischen der Detmolder Grabbe-Gesellschaft und den einzelnen Bibliotheken. Zu den Bemühungen der NSG-KdF vgl. ebd., „Körperschaften 37-41“.

⁴² Vgl. GrA, Nr. 7, Brief des Hamburger Ortsgruppenleiters Wirth an Hollo vom 22. Mai 1942; die Hamburger Gruppe hatte jetzt insgesamt 91 Mitglieder.

Erfurter, die es trotz der Unterstützung der NSDAP-Gauleitung und der Erfurter Stadtverwaltung, die der Ortsgruppe allein 1.000 RM zur Verfügung stellte, gerade einmal auf 12 Mitglieder brachte.⁴³ Dr. Hollo nahm den doch bescheidenen Erfolg in Erfurt zum Anlass, dort eine „Landschaftsgruppe“ zu gründen, womit er die Grabbe-Gesellschaft jedoch nur künstlich größer darstellte, als sie tatsächlich war. Andere Bemühungen im ganzen Reich waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt, so der Versuch, Ortsgruppen in Straßburg oder Wien zu gründen oder gar eine baltendeutsche Landschaftsgruppe in Riga zu etablieren. Der Generalintendant des Badischen Staatstheaters Schirpf, der versprochen hatte, in Straßburg Mitglieder zu werben, gab dies bald auf, da seine Werbung keinen Erfolg zeigte.⁴⁴ Prof. Dr. Kindermann, Mitglied des Beirates der Grabbe-Gesellschaft, verzögerte eine Ortsgruppengründung in Wien immer wieder, bis schließlich das Kriegsende keine weiteren Unternehmungen zuließ.⁴⁵ Hinzu kam, dass solche exotischen Gründungsbemühungen wie in Lettland oftmals nur in einem Antwortscheiben auf einen Brief, den ein an Grabbe Interessierter aus Lettland geschrieben hatte, bestand, und somit von Anfang an wenig Aussicht auf Erfolg hatten. Wenn es auch in einzelnen Ortsgruppen wie in Hamburg und Erfurt Grabbe-Wochen gab, und andere wie in Kassel oder Hamburg eigene Geschäftsführer hatten, so wuchs die Grabbe-Gesellschaft außerhalb von Detmold nur um etwa 150 Mitglieder an. Auch wenn Dr. Hollo plötzlich von „Landschaftsgruppen“ in Kurhessen und Mitteldeutschland sprach, so gestaltete sich der weitere Ausbau der Gesellschaft außerordentlich schwierig, vor allem was die Mitgliederwerbung anbelangte.

Besonders gut bestellt war es hingegen um die Finanzen der Detmolder Grabbe-Gesellschaft. Die Grundlage dafür war von Anbeginn an das Grabbe-Haus in Detmold, welches sich schon früh im Besitz der Gesellschaft befand.

⁴³ Vgl. GrA, Nr. 21, „Briefe 1944 A-K“.

⁴⁴ Vgl. GrA, Nr. 21, „Briefe 1944 A-K“, Schirpf an Hollo vom 22. März 1944.

⁴⁵ Vgl. GrA, Nr. 21, „Briefe 1944 A-K“, Kindermann an Hollo, zuletzt am 3. Mai 1944. Prof. Dr. Kindermann hatte einen Lehrstuhl an der Universität Wien inne.



Abb. 1 Grabbe-Haus in Detmold 1938⁴⁶

Neben den Mieteinnahmen aus dem Grabbe-Haus verfügte die Gesellschaft über weitere Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen, aus Spendengeldern und Zuschüssen. Aus dem Jahre 1938 errechnet sich allein aus den Mitgliedsbeiträgen die Summe von 2.066 RM⁴⁷ zuzüglich 2.500 RM Mieteinnahmen, also insgesamt etwa 4.500 RM. Damit konnte man bereits einen kleinen Überschuss erwirtschaften, der dann von 1.439 RM im Jahr 1939, über 2.592 RM im Jahr 1940 auf 3.535 RM im Jahr 1941 anstieg. 1942 verfügte die Grabbe-Gesellschaft über Gesamteinnahmen von 11.154 RM, von denen man lediglich 7.397 RM ausgab, so dass ein Überschuss von 3.756 RM entstand.⁴⁸ Die Gesamteinnahmen bestanden im Jahre 1942 aus 5.600 RM an Mitgliedsbeiträgen, 2.500 RM an Spenden und 500 RM an Zuschüssen sowie aus den Mieteinnahmen. Damit stand die Grabbe-Gesellschaft auf einer sehr soliden finanziellen Grundlage, was sie neben den Ein-

⁴⁶ Entnommen aus; GrA, Nr. 21, „Briefe 41-48“.

⁴⁷ Vgl. GrA, Nr. 8, „Grabbe-Gesellschaft 1938“. In der Grabbe-Gesellschaft waren am 24. Mai 1938 unter den Mitgliedern: 86 zu je 6 RM Jahresbeitrag, 19 zu 50 RM, 3 zu 100 RM und eines zu 300 RM.

⁴⁸ Zu den Jahreseinnahmen 1942 vgl. GrA, Nr. 10, „Einnahmen 1940/41“.

nahmen aus dem Grabbe-Haus auch der Eintragung als e. V. verdankte, welche der Gesellschaft weitere Ausgaben an Steuern ersparte.

Die überaus guten Finanzen der Detmolder Grabbe-Gesellschaft waren nicht zuletzt auf die Detmolder Grabbe-Wochen zurückzuführen, die sich gerade in der Obhut der Gesellschaft bestens entwickelten.⁴⁹ Schon im Jahre 1937, die Grabbe-Gesellschaft befand sich noch in der Vorbereitungsphase für ihre Gründung, richtete sich die Aufmerksamkeit der Presse im gesamten Reich verstärkt auf die Detmolder Grabbe-Woche. Durch die vielen durchweg positiven Kritiken war das Ziel der nationalsozialistischen Machthaber, auch mit dem verbrämten Andenken an den Dichter Grabbe eine möglichst große Öffentlichkeit mit der neuen Ideologie zu indoktrinieren, vollends erreicht. Zumindest von September bis November 1937 sind es über 170 Zeitungsartikel, die reichsweit erschienen sind, um die Bemühungen der kleinen Detmolder Literaturgesellschaft überall bekannt zu machen. Allein durch diesen An Schub nahmen die Planungen für die Detmolder Grabbe-Woche 1938 eine andere Dimension ein, denn durch das so entstandene Renommee eröffnete sich der Gesellschaft ein viel größerer Rahmen, in dem die Veranstaltung nun stattfinden sollte. Sichtbarstes Zeichen für die rasch wachsende Bedeutung der Grabbe-Woche war die Steigerung der Auflagenzahl des Programms auf über 20.000 Exemplare, die an Interessenten im In- und Ausland versandt wurden.⁵⁰ Ebenfalls im Jahre 1938 erging dann auch eine persönliche Einladung Dr. Hollos an den Reichsminister Dr. Goebbels zu den Detmolder „Grabbe-Tagen“ 1938, denen Goebbels aber nicht Folge leistete. An einer Sitzung des Vorstandes der Gesellschaft am 1. Juni 1938 im Hotel „Kaiserhof“ in Porta Westfalica, zu der Hollo den Reichsminister im Namen des Gauleiters Dr. Meyer und des Reichs-

⁴⁹ Zur Detmolder Grabbe-Woche 1936, also etwa zwei Jahre vor der offiziellen Gründung der Grabbe-Gesellschaft (Dr. Hollo leitete noch die Detmolder NS-Kulturgemeinde), vgl. Michael Vogt: „Durchbruchsschlacht für Grabbe“. S. 91-110.

⁵⁰ Vgl. das Programm der Detmolder Grabbe-Woche 1938, GrA, Nr. 20.

dramaturgen Dr. Schlösser einlud, konnte dieser ebenfalls nicht teilnehmen.⁵¹ Immerhin erkannte wenigstens der Völkische Beobachter die gesteigerte Bedeutung der Detmolder Gesellschaft und erwähnte die „Deutsche Grabbe-Gesellschaft“ und deren Feier am Grabe Grabbes im Jahre 1938 einschließlich der Rede Dr. Hollos.⁵² Derart „reichswichtig“ blieben die Detmolder Grabbe-Wochen dann auch bis zum Kriegsende. Die ständig ausverkauften Aufführungen ermöglichten zusammen mit einer gesteigerten Spendenbereitschaft auch Vorstellungen anderer Bühnen in Detmold, so z. B. die des Berliner Schiller-Theaters 1941 oder des Preußischen Staatstheaters Kassel 1943, die beide mit zum Teil sehr großen Summen von der Stadt Detmold finanziert wurden.⁵³



Abb. 2 Programm der Detmolder Grabbe-Woche 1938⁵⁴

Dr. Hollo wusste sich durchaus immer bei den Menschen für ihr Engagement in Sachen Grabbe zu bedanken, deren Bemühungen der Gesellschaft die nötige Aufmerksamkeit und die noch wichtigeren Gelder einbrachte. Er ließ für den größten Fürsprecher der Grabbe-Gesellschaft, den Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Meyer, im

⁵¹ Vgl. die Einladung Dr. Hollos an den Reichsminister Dr. Goebbels vom 21. Mai 1938; in: GrA, Nr. 8, „Grabbe-Gesellschaft 1938“.

⁵² Vgl. Völkischer Beobachter vom 17. September 1938.

⁵³ Allein die Aufführung des Berliner Schiller-Theaters kostete die Stadt Detmold etwa 10.000 RM, vgl. dazu GrA, Nr. 20, „Briefwechsel 1941 (-LZ)“. Dem Gastspiel des Staatstheaters Kassel gingen sogar einjährige Verhandlungen voraus; vgl. GrA, Nr. 20, „Briefe 43“.

⁵⁴ Entnommen aus: GrA, Nr. 20. Der Hinweis auf die Auftragshöhe findet sich im Kleingedruckten des Programms.

Jahre 1941 eine Ledergebundene Ehrenmappe anfertigen, die ein reliefartiges Abbild des Dramatikers Grabbe trug.⁵⁵ Der Überreichung des Geschenks am 25. August 1941 ging eine langwierige Suche nach einem geeigneten Buchbinder und einem ansprechenden Künstler voraus, die Dr. Hollo aber schließlich ebenso meisterte wie die Beschaffung des Leders für den Einband. Letzteres stellte selbst ihn vor größere Schwierigkeiten, inzwischen benötigte nämlich die Wehrmacht alles zur Verfügung stehende Leder. Hier zeigte sich nun wieder einmal, wie groß das Organisationstalent Dr. Hollos wirklich war, welches sich wie ein roter Faden durch sämtliche Bemühungen von der NS-KG bis zum Ende der Detmolder Grabbe-Wochen zog.

Zusammenfassung

Der Detmolder Mittelschullehrer Dr. Heinrich Hollo engagierte sich während der gesamten NS-Zeit in seiner Stadt für die Verbreitung der neuen nationalsozialistischen Kulturidee, angefangen von den Gründungen einer Ortsgruppe des Kampfbundes für Deutsche Kultur 1933, eines Verbandes der NS-Kulturgemeinde 1935 bis zur Mitbegründung der Grabbe-Gesellschaft im Jahre 1938. War das öffentliche Interesse am Kampfbund noch eher gering, so entwickelte sich unter der Leitung von Dr. Hollo bereits die NS-Kulturgemeinde durch die Gleichschaltung der meisten Detmolder Kulturorganisationen und der Einbeziehung sowohl der Medien als auch der örtlichen Parteiprominenz zur bestimmenden kulturellen Institution in der Region. Sie konnte schon früh einen Großteil der Detmolder Bildungselite binden, die dann als Multiplikatoren des nationalsozialistischen Gedankengutes dienten und so halfen, die Vormachtstellung der Detmolder „Gemeinde“ weiter auszubauen. Die rechtlichen Ungereimtheiten, die schließlich eine Eintragung in das Vereinsregister verhinderten, wurden durch das selbstsichere Auftreten Dr. Hollos zur Nebensächlichkeits, so dass die immerhin 600 Mitglieder zählende Detmolder NS-KG schließlich

⁵⁵ Vgl. GrA, Nr. 20, „Briefwechsel 1941 (-LZ)“.

einen Teil der Aufführungen und Veranstaltungen in der Hand hielt. Die Schwierigkeiten bei der Organisation dieser Darbietungen, die sich aus zu hohen Gagenforderungen der Künstler oder aus Kompetenzstreitigkeiten mit den übergeordneten Dienststellen der NS-KG ergaben, konnte Heinrich Hollo meist aus dem Weg räumen. Der Lohn für diese Mühen war ein durchweg gesundes Budget der Detmolder NS-KG, die bis zur Auflösung der reichsweiten NS-Kulturgemeinde am 1. Juli 1937 das Standbein für weitere Unternehmungen blieb. Während des Niedergangs der NS-KG nahm der Detmolder Verband eine Sonderrolle ein, die seine Abwicklung schließlich verhinderte. Durch die erfolgreiche Gleichschaltung anderer Detmolder Kulturvereine und die fehlende Eintragung in das Vereinsregister war eine Auflösung des Verbandes nicht mehr möglich; er wurde schließlich in die NSG-KdF übergeführt.

Obwohl Dr. Hollo 1935 mit der Führung der NS-Kulturgemeinde beschäftigt war, entwickelte er einen Plan für die Festlichkeiten zum hundertsten Todestag des Dramatikers Christian Dietrich Grabbe im Jahre 1936, die ganz im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber begangen werden sollten. Die nationalistisch gefärbten Aufführungen Grabbes machten zusammen mit den Feiern am Grabe Grabbes und einigen Vorträgen auf die örtliche Parteiprominenz einen derart großen Eindruck, dass man recht schnell beschloss, diese „Grabbe-Tage“ in den folgenden Jahren fortzuführen. Nur sollte die Organisation dieser „reichsweit wichtigen“ Veranstaltung in die Hände einer neuen kulturellen Institution gelegt werden, nämlich der noch zu schaffenden Grabbe-Gesellschaft. Dr. Hollo, der 1937 durch den absehbaren Untergang „seiner“ Detmolder Kulturgemeinde starkes Interesse an der Gründung einer neuen Organisation hatte, machte sich sofort an die Arbeit. Er entwickelte eine Satzung, die den rechtlichen Ansprüchen an eine Eintragung in das Vereinsregister dieses Mal standhalten sollte, leitete die Gründungsversammlung, übernahm den Geschäftsführer der NS-KG Schnelle in die Grabbe-Gesellschaft und bemühte sich von Anfang an um die Mitgliederwerbung für den

neuen Verein. Doch trotz des gewaltigen Pressechos – allein die Grabbe-Woche 1937 wurde im ganzen Reich in über 170 Zeitungsartikeln besprochen – gestaltete sich die Werbung von Mitgliedern äußerst schwierig. So brachte es die Grabbe-Gesellschaft auf dem Hochpunkt des NS-Regimes 1942 auf gerade einmal 442 Mitglieder, also deutlich weniger als die vorhergegangene NS-Kulturgemeinde in Detmold. Daran änderten im Grunde genommen auch die Bemühungen Dr. Hollos, in anderen Städten Ortsgruppen (später sogar „Landschaftsgruppen“) zu bilden, wenig. Dass die Gesellschaft dennoch auf finanziellen sicheren Boden stand, verdankte sie neben einigen großzügigen Spenden vor allem dem Grabbe-Haus in Detmold, welches sie gut vermieten konnte. So waren dann auch einige kostspielige Gastspiele sowohl des Berliner Schiller-Theaters als auch des Preußischen Staatstheaters Kassel in Detmold möglich, die letztlich nur den großen Anspruch der kleinen Detmolder Literaturgesellschaft unterstrichen.

Anhang

Vorstand und Beirat der Grabbe-Gesellschaft⁵⁶

1. Dr. Alfred Meyer, Gauleiter und Reichsstatthalter, Schirmherr der Grabbe-Gesellschaft
2. Dr. Rainer Schlösser, Ministerialdirigent, Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Vorsitzender der Grabbe – Gesellschaft
3. Fritz Schmidt, Leiter des Reichspropagandaamtes
4. Dr. Heinrich Oppermann, Regierungsdirektor
5. Adolf Wedderwille, Stellvertr. Regierungschef, Kreisleiter
6. Dr. Friedrich Castelle, Sendeleiter
7. Karl Friedrich Kolbow, Landeshauptmann der Provinz Westfalen
8. Viehoff, Leiter der Hauptstelle Kultur
9. Josef Bergenthal, Landesleiter der Reichsschrifttumskammer

⁵⁶ Vgl. GraA, Nr. 8, „Grabbe-Gesellschaft 1938“. Angaben zu den Namen wurden so weit wie möglich ergänzt.

10. Hanke, Intendant, Landesleiter der Reichstheaterkammer
11. Joseph Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda
12. Hans Keller, Bürgermeister der Stadt Detmold
13. Dr. Eduard Wiegand, Direktor der Landesbibliothek und des Landesarchivs in Detmold
14. Ferdinand Schürmann, Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront
15. Friedrich Reimpell, Leiter des Gauamtes für Erziehung
16. Witte, Unterbannführer, Kulturabteilungsleiter der Gebietsführung der HJ
17. Egon Schmid, Intendant
18. Dr. Alfred Bergmann
19. Hermann L. Schäfer
20. Dr. Fritz Schulte, Leiter des Gymnasiums Leopoldinum in Detmold
21. Prof. Dr. Kindermann
22. Ernst Schnelle, Ortsobmann des Detmolder Buchhandels
23. Friedrich Karl Hetzel, Gauwart der NSG „Kraft durch Freude“
24. Irene Seydel, Gaukulturreferentin
25. Dr. Arno Schroeder, Gaupresseamt Münster
26. Rudolf Barthel, Gauwalter des Reichsbundes der Deutschen Beamten
27. Ludwig Wollenhaupt, Oberschulrat
28. Otto Will-Rasing, Intendant
29. Saladin Schmitt, Intendant
30. Dr. Alfred Kruchen, Intendant in Bielefeld
31. Elisabeth Polster, Gaufrauenschaftsleiterin
32. Emil Irrgang, Gauamtsleiter für Kommunalpolitik
33. Christian Franke, Gauwirtschaftsberater
34. Hofmann, SS Oberführer, Rasse- und Siedlungshauptamt, SS Oberabschnitt West
35. Führer der SA Gruppe Westfalen (Otto Schramme)

Dokumentation A

Am 30. Oktober 2005 wurden im Westfälischen Industriemuseum Ziegelei Lage Frau Gudrun Mitschke-Buchholz, Detmold, und Herr Roland Linde, Horn und Münster, vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe für ihre Beiträge zur Geschichtsforschung in Lippe mit einem Förderpreis geehrt. Vorgeschlagen hatte sie der Vorsitzende der Historischen Kommission für Westfalen, der Präsident der Landesarchivverwaltung Prof. Dr. Wilfried Reininghaus. Beide Preisträger bereichern den historischen Diskurs in Lippe seit Jahren und beide zeichnen sich nicht nur durch ihre Forschungen und Veröffentlichungen aus, sondern auch durch ihre Hilfsbereitschaft den Kolleginnen und Kollegen gegenüber und durch ihre Offenheit zur Diskussion der verschiedensten Fragestellungen unserer Wissenschaft.

Die „Rosenland“-Redaktion – Jürgen Hartmann und Andreas Ruppert – freut sich über diese Ehrung und gratuliert den Preisträgern. Wir danken Prof. Dr. Reininghaus als Laudator und den beiden Preisträgern, dass sie „Rosenland“ die Texte ihrer Ansprachen zur Verfügung gestellt haben.

Laudatio

von Wilfried Reininghaus

Sehr geehrter Herr Landesrat, Herr Landrat, Frau Bürgermeisterin
sehr geehrte Frau Mitschke-Buchholz, sehr geehrter Herr Linde,
meine Damen und Herren,

der Förderpreis des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe wird in diesem Jahr verliehen auf Vorschlag der Historischen Kommission für Westfalen, weshalb der Vorsitzende der Kommission die Laudatio auf die beiden Stipendiaten halten darf. Beiden ist gemeinsam, dass sie enge Beziehungen zu Lippe und zum östlichen Westfalen

haben, auch wenn Herr Linde mittlerweile in Münster wohnt. Lassen Sie noch ein wenig länger beim gemeinsamen Nenner für beide Preisträger bleiben, bevor ich auf ihr Werk im Einzelnen näher eingehe.

Beide beschäftigen sich mit lokaler Geschichte und tragen damit dazu bei, Grundlagen für die westfälische Landesgeschichte in ihrer Gesamtheit zu schaffen. Dass derartige Impulse von unten ausgehen können, ist noch relativ neu. Lange waren wir gewöhnt, dass Geschichte von großen Männern, in geheimen Kabinetten gemacht wird, dass lokale Geschichte allenfalls dann interessierte, wenn sie der nationalen Sache diene. Die da unten waren allenfalls Schachfiguren, die bewegt werden, „only a pawn in their game“, wie der Titel eines auf genau solche Situationen gemünzten Liedes von Bob Dylan lautet.

Die Zeiten eines solchen Geschichtsverständnisses sind vorbei, das in vordemokratischen, autoritären Strukturen wurzelte. Natürlich will ich nicht bestreiten, dass uns alle berührende Dinge in fernen Vorstandsetagen oder in kleinen Politik-Zirkeln geplant und entschieden werden können. Aber das bedeutet nicht, dass in den konkreten Lebensverhältnissen einzelner alles so hingenommen wird, wie es „oben“ beschlossen wurde. Es gab auch schon vor der Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts Spielräume, Widerstand, Protest, Sonderentwicklungen, Überformungen, aber auch Anpassung und Opportunismus. Die lokale Geschichte verläuft nicht zwangsläufig in gleichen Bahnen und Zyklen wie die nationale und globale, es gibt, um das Wort von Ernst Bloch zu bemühen, die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen.

Die Beiträge von Herrn Linde und Frau Mitschke-Buchholz sind in diesen Zusammenhang einzuordnen. Beide Preisträger sind Akteure einer auf den Ort oder die Stadt bezogenen Geschichtsschreibung, die die Einbindung und Einbettung in ortsübergreifende Zusammenhänge nicht bestreitet oder gar bekämpft, aber sehr große Klarheit darüber besitzt, dass sie mit ihrer Arbeit historisches Bewusstsein „vor Ort“ schafft.

Sie zeigen an konkret nachvollziehbaren Themen, dass man und frau Geschichte nicht nur als Objekte, sondern auch als Subjekte erfahren und gestalten.

Soweit das Allgemeine und nun zu den Stipendiaten im Besonderen.

Roland Linde wurde in Detmold geboren, wuchs in Horn-Bad Meinberg auf und es ist sicher kein Zufall, dass er für die Horner Stadtgeschichte wichtige Impulse gab, auch im dortigen Heimatverein. Stadtgeschichte überhaupt ist ein fester Bestandteil seiner Publikationen, erinnert sei nur an den ausführlichen Beitrag in Band 2 der Paderborner Stadtgeschichte und die sich daran anknüpfenden Aufsätze. Herrn Linde als Stadthistoriker zu bezeichnen, wäre freilich irreführend und eine Verkürzung, gegen die er mit Recht Protest erhöhe. Denn er hat sich um die dörfliche Geschichte verdient gemacht, sei es durch innovative Arbeiten zu einzelnen Höfen, Krügen und Dörfern, sei es seit 1997 durch die Mitgestaltung mehrerer Tagungen zur dörflichen Geschichte in Ostwestfalen-Lippe und Nachbarräumen. An der letzten Tagung in Schlangen 2003 konnte ich selbst teilnehmen; ich war sehr angetan von der lebendigen Atmosphäre, die Wissenschaftler und Laienhistoriker zusammenbrachte. Schauen wir auf die Veröffentlichungsliste von Herrn Linde, so ist es ihm gelungen, Kachtenhausen, Wellentrup, Bellenberg, Asemissen, Brüntrup und Heesten in der westfälischen Orts- und Landesgeschichte einen festen Platz zu gewähren. Bei der Vielgestaltigkeit seiner Arbeiten wurde Herr Linde methodisch zu einem Grenzgänger zwischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, historischer Demographie und Familienforschung vornehmlich im ländlichen Raum, inspiriert durch die Annales-Schule, die ja ihre Stärke nicht in den großen Entwürfen eines Bloch, Febvre und Braudel, sondern auch in den Mikrostudien zum Languedoc und Beauvaisis entfaltete. In Paderborn, wo Herr Linde das Staatsexamen ablegte, vermittelten ihm Jochen Hoock und Frank Göttmann solche Anregungen.

Mit Roland Linde ehren wir einen Historiker, der die Geschichte des östlichen Westfalen vor allem vor der Industrialisierung und auf dem Lande in vielen Facetten anschaulich gemacht hat.

Eine akademische Ausbildung als Historikerin hat Gudrun Mitschke-Buchholz nicht. Sie wurde in Brüntrup geboren, das heute zu Blomberg gehört, und studierte nach dem Abitur in Detmold Germanistik und Musikwissenschaft in Marburg. Nach dem Magisterexamen 1990 war sie mit Zeitverträgen und freiberuflich tätig an lippischen Kultureinrichtungen – in der Landesbibliothek, im Staatsarchiv, am Landestheater als Dramaturgin während einer Spielzeit. Möglicherweise hat sie dabei einen ganz anderen Blick auf Detmold und Lippe gewonnen, einen Blick, der sehr viel mit der jüdischen Geschichte in Lippe zu tun hat. Ihre erste Publikation aus dem Jahr 1994 gilt dem Händler Löwenstein, der von Borgholz aus seine Waren vertrieb. Das zweite große Projekt, Interviews mit antisemitisch Verfolgten aus Ostwestfalen, in Buchform veröffentlicht 1998, beschritt zugleich methodisch neue Wege, weil sie vor allem mit der Oral History arbeitete und dabei die notwendige Sensibilität bewies, die beim Umgang mit den letzten Augenzeugen geboten ist. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Christisch-Jüdische Zusammenarbeit entstand 2000/2001 das Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft in Detmold. Standen hier Personen, Einzelschicksale im Vordergrund, so erinnert der kleine Führer „Auf jüdischen Spuren“ an Plätze in Detmold, an denen Juden gelebt und gewirkt haben und entreißt sie so dem kollektiven Vergessen. Ein größeres Projekt über die Jüdinnen und Juden in Ovenhausen bei Höxter ist derzeit im Druck. Gudrun Mitschke-Buchholz ist Mitarbeiterin am Handbuch der jüdischen Gemeinden in Westfalen, das derzeit von der Historischen Kommission für den Druck vorbereitet wird. Sie verfasste darin den Beitrag über Juden in Lippe vor 1947. Ihre jüngsten Forschungen gelten Zwangsarbeitern, vor allem italienischen Militärinternierten. Es ist nicht allein ein historisches Interesse, das sie leitet. Sie setzt ihre Forschungen in der politischen Bildung, in der Aufklärung

gegen Rechtsradikalismus ein. Dies ist ein leitendes Motiv für viele derjenigen, die sich mit jüdischer Geschichte in Westfalen und Lippe befassen. Ihr leitender Gedanke ist, dass der Holocaust sich nie wieder ereignen dürfe, der Schmerz darüber, was auch im Regionalen dieses Land mit den Exilierten, Verfolgten und Ermordeten verloren hat. Wir ehren mit Gudrun Mitschke-Buchholz eine Frau, die von Detmold aus sich hierfür eingesetzt und engagiert hat und dies, so wage ich zu prognostizieren, auch noch weiterhin tun wird.

Denn beiden Preisträgern wünsche ich erstens, dass sie viele Leserinnen und Leser finden, zweitens nicht aufhören, sondern weitermachen. Die westfälische Geschichte braucht solche Impulse, wie Sie gegeben haben. Dafür schulden wir Ihnen Dank und Anerkennung, der Förderpreis ist dafür ein bescheidener Ausdruck.



*Die Preisträger Roland Linde und Gudrun Mitschke-Buchholz.
(Foto: Volker Buchholz, 30. Oktober 2005)*

Bäuerliches Familienbewusstsein und Selbstverständnis in der Frühen Neuzeit. Beispiele aus Lippe

von Roland Linde

„Dies Haus ist mein und doch nicht mein, wer nach mir kommt, wird's auch so sein.“ Mit diesem in der hessischen Schwalm verbreiteten Inschriftspruch illust-

rierte Arthur Imhof in seinem Buch „Die verlorenen Welten“ einen wesentlichen Aspekt bäuerlicher Mentalität in der vorindustriellen Zeit. Imhof gehört zu jenen Historikern, die vor 30 Jahren die Möglichkeit der EDV für die Erforschung der Sozial- und Bevölkerungsgeschichte entdeckten. Die rechnergestützte Auswertung von Kirchenbüchern, Volkszählungslisten und anderen quantifizierbaren Quellen versprach die Möglichkeit, bislang unerkannte Strukturen historischer Lebensweisen offen zu legen. Tatsächlich konnte die historische Demographie reiche Ergebnisse vorlegen, beispielsweise über Lebensalter, Heiratsmuster, Fruchtbarkeit, Kindersterblichkeit, die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Konjunkturen und Übersterblichkeitskrisen, um nur einige Stichworte zu nennen. Die Demographen waren aber auch bald mit einer paradoxen Beobachtung konfrontiert: Selbstverständlich lassen sich bei ausreichender Datenmenge statistisch signifikante Ergebnisse ermitteln. Doch bleibt das Lebensschicksal des Individuums auch in der Rückschau im Wortsinne unberechenbar. Ob ein Neugeborenes zwei Jahre alt werden würde oder 76, ob es zwei oder acht Kinder zeugen und ob davon alle oder keines das Erwachsenenalter erreichen würde, das war dem göttlichen Willen (so die übliche zeitgenössische Einschätzung), dem Zufall oder dem Schicksal überlassen, eine statistische Prognose hätte jedenfalls niemand geben können. Unsere biologischen Lebensläufe sind im Vergleich dazu viel uniformer, vorhersehbarer.

Angesichts dieser Unsicherheit des eigenen Schicksals, die bereits jedes Kind empfinden musste, wenn Geschwister und Spielkameraden starben, war die Jenseitshoffnung sicher ein wichtiger stabilisierender Faktor. Doch auch die mühselige Arbeit im Diesseits konnte ihren Sinn erhalten durch die Aussicht, etwas weiterzugeben an kommende Generationen. Die Erbfolge in Haus und Hof vermittelte eine Perspektive, die über die eigene Existenz hinauswies. Eine Torinschrift von 1759 in Heidenoldendorf bei Detmold verknüpft die beiden elementaren Hoffnungen: *„Im Nahmen Gottes bauen wir dis Haus/ und wen es Got gefelt so müssen wir dar wieder heraus. Wem es dann zu gönnen ist*

dem wird er es geben/ und uns ein ewiges bescheren“. Ein solches Verständnis des Hofes als einer die Lebenszeit des Individuums überspannenden Konstante war ein wesentlicher Bestandteil des bäuerlichen Selbstbewusstseins.

Man muss nicht lange suchen, um eine sehr anschauliche Manifestation dieser Hofidee dingfest zu machen, nämlich den Hofnamen. Im Jahr 1603 stellte das lippische Hofgericht fest, es sei *„in dieser Grafschaft gebreuchlich, dass die Hansleute, welche auf die Meiergüter kommen, nach denselben genennet werden“*. Tatsächlich gehörte die Grafschaft Lippe zu jenen Territorien des nordwestdeutschen Raumes, in denen der Hofname an die Stelle des Familiennamens getreten war. Ein Mann, der auf einen Hof aufheiratete, nahm den Namen seiner Frau bzw. den Namen des Hofes an. Identifizierten die anderen Nachnamensysteme, nämlich Patronyme (Vaternamen) und Familiennamen, den Namensträger nach seiner Abstammung, so bewertet das Hofnamensystem die Person nach ihrem Platz in der bäuerlichen Erbfolge. Die familiäre Herkunft war dabei zweitrangig.

Erbliche Nachnamen sind im ländlichen Raum eine relativ junge Erscheinung, die sich erst im 14. und 15. Jahrhundert durchsetzte. Im ältesten lippischen Schatzregister von ca. 1390 sind erst zwei Drittel der abgabepflichtigen Bauern mit einem echten Nachnamen versehen. 22 Prozent werden nur mit Rufnamen genannt. Weitere 14 Prozent sind mit dem Vaternamen versehen, und zwar beinahe ausschließlich Träger der drei beliebtesten Rufnamen *„Henne(ke)“* (Johann), *„Herman“* und *„Hinke“* (Heinrich), also z.B. *„Herman Bertramynch“* (Hermann, Sohn des Bertram) und *„Herman Gerdinck“* (Hermann, Sohn des Gerd). Diese Vaternamen wurden offensichtlich vom Steuererheber verwendet, um verschiedene Hermans und Hennekes in einem Dorf zu unterscheiden.

Nur ein kleiner Teil der um 1390 erwähnten Nachnamen hat sich langfristig als Hofname etabliert. Ganz anders sieht es dagegen mit den Namen der Schatzpflichtigen der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts aus: Es sind größtenteils jene Namen, die dann bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts als erbliche Hofnamen geführt

wurden. So lauten beispielsweise die Namen der Bauern des Höfeweilers Kachtenhausen bei Lage im Jahre 1456 „*Brinckman, Langheman, Erveldinck, Bekeman, Stoltinck, Billerbeke*“. Im Salbuch von 1853 lassen sich deren Nachfolger ohne weiteres identifizieren: Brinkmann, Langmann, Erlfing, Beckmann, Stölting und Billerbeck. Innerhalb von zwei, drei Generationen hatte sich ein Namenssystem etabliert, das vier Jahrhunderte Bestand hatte. Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Das Hofnamensystem ist zwar nicht ohne die vorangegangene Etablierung von erblichen Nachnamen zunächst im Adel (ab dem 12. Jahrhundert) und dann im Bürgertum (ab dem 13. Jahrhundert) zu verstehen, doch es ist keine einfache Kopie der Vorbilder, denn die adligen und bürgerlichen Geschlechternamen orientieren sich am „Mannestamm“, an der Abstammung in männlicher Linie. Der Hofname ist dagegen Ausdruck eines spezifischen bäuerlichen Selbstverständnisses sein, genauer gesagt: der Konsolidierung des Bauerntums als einer sozialen Gruppe.

Die Welle der Städtegründungen und die damit einhergehende Ausbreitung der Geldwirtschaft hatte im Hochmittelalter zu einem weitgehenden Rückzug des Adels und der geistlichen Institutionen aus der Eigenwirtschaft geführt. Die ehemaligen Verwaltern (*villici*) bewirtschafteten Haupthöfe wurden nunmehr ebenso wie die Hörigenhufen in unterschiedlichen neuen Rechtsformen auf der Basis festgelegter Natural- und Geldabgaben vergeben. Es gab zwar weiterhin differierende persönliche Freiheitsgrade, doch spielten diese eine zunehmend geringere Rolle; wichtiger waren die genossenschaftlichen und gemeindlichen Rechte, an denen der einzelne Inhaber eines Hofes oder einer Hufe partizipieren konnte, und die ganz erheblich differierten. Die Landleihe basierte zwar teilweise auf zeitlich befristeten Vertragsverhältnissen, doch faktisch etablierte sich im nordwestdeutschen Raum das Anerbenrecht, wonach das bäuerliche Anwesen ungeteilt an den ältesten oder den jüngsten Sohn vererbt und die übrigen Kinder vom Hof abgefunden wurden. Das Anerbenrecht wirkte sich stabilisierend auf den sich nunmehr formierenden Bauerstand aus.

Die Besitzer der ehemaligen Haupthöfe (in Lippe z.B. Meier zu Bexten, Meier zu Barkhausen, Meier zu Biesen etc.) und der ehemaligen Hörigenhufen verschmolzen zu einer sozialen Schicht, die sich vom Adel und Bürgertum einerseits und von den grundbesitzarmen Köttern und grundbesitzlosen Heuerlingen andererseits absetzte, wobei letztere allerdings erst seit dem 16. Jahrhundert zahlenmäßig bedeutend wurden. Die gemeinsame Klammer war die unmittelbare Verfügung über den Boden. In einer zunehmend funktional differenzierten Gesellschaft nahm der Agrarproduzent nunmehr neben dem Adligen, dem Geistlichen, dem Händler und dem Handwerker eine eigenständige Rolle ein. Erst damit wurde er zum „Bauern“. Was ihm nach Abzug des Eigenbedarfs und der Pflichtabgaben an Erträgen blieb, konnte er dem Markt zuführen und damit seinen Wohlstand mehren.

Nimmt man die Etablierung des Hofnamensystems als Gradmesser, so war die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts dabei eine entscheidende Phase. Dies ist zunächst überraschend, denn in diesen Zeitraum fällt auch die Hoch- und Endphase des Wüstungsgeschehens. Das Beispiel Lippe zeigt aber, dass sich dieses Geschehen regional äußerst unterschiedlich auswirkte. Während die Siedlungen im Osten (Ämter Varenholz und Sternberg) und vor allem im Südosten (Amt Schwalenberg) des Territoriums größtenteils verschwanden, blieben das fruchtbare Hügelland entlang der Werre und das Weizenanbaugebiet des Blomberger Beckens weitgehend frei von Wüstungen. Es sind logischerweise aufgrund der Siedlungskontinuität genau diejenigen Bereiche, in denen die Hofnamen sich schon in dieser Phase etablieren konnten. Über die wirtschaftliche Lage der Höfe in diesen wüstungsfreien Gebieten lassen sich z. Zt. noch keine gesicherten Aussagen machen. Doch es deutet einiges auf einen durchaus beachtlichen Wohlstand hin. So tätigten die Meier zu Bexten schon im 15. Jahrhundert Renten- und Pfandgeschäfte und besaßen Anteile an den Salzufler Salinen. Bauliche Zeugen eines prosperierenden Bauerntums sind im lippischen Werregebiet die spätmittelalterlichen Steinspeicher. Es sind nur noch wenige erhalten (z. B.

in Niederbarkhausen bei Oerlinghausen), aber immerhin 29 als „(alte) Burgen“ in schriftlichen Quellen des 18. und 19. Jahrhunderts bezeugt und teilweise zeichnerisch dokumentiert.

Eine zweite Aufschwungphase erlebte der lip-pische Bauernstand dann ab der Mitte des 16. Jahrhunderts. Die Bauern profitierten ganz offensichtlich von der langfristig günstigen Agrarkon-junktur, durch die der Weserraum zur Kornkam-mer der reichen Niederlande wurde. Dies lässt sich an den überlieferten Zeugnissen der Sach-kultur ablesen. So stifteten *Johann to Asemissen*, Besitzer des Meierhofs Hündersen bei Salzuflen, und seine Hausfrau Anne um 1550 einen silber-nen, vergoldeten Abendmahlskelch. Stolz ließ das Stifterpaar seine Namen eingravieren. In einem Protokoll aus dem Jahr 1637 berichtet Arnold Brüning über seinen Großvater, der 1577 den elterlichen Meierhof in Bexten übernommen hatte: „... dass mein Groß-Vatter ... Hans Meyer zu Bexten genandt, einen ansehnlichen Meyerhoffe in diser Grafschaft Lippe und Vogtey Schötmar belegen, beseßen ...; die, von seinen Voreltern bewohnte Gebäw zwar zergehen, abere andere, größere und herrlichere neue hinwider aufrichten lassen; ... dieselbige Gebäw mit einem tiefen Waßergraben, undt gleichfals mit einer aus dem Grundt aufgebauten Mauren rings umgeben ...; er auch articulierten Hoff mit einem größeren Mühlen- und vielen anderen Teichen vermehret“, folglich dass er „disen Baur- oder Meyer-Hoff einem adelichen Sitze gleich gemacht habe“.

Doch nicht nur durch den erblichen Hofnamen und die repräsentativen Hofanlage wird die Hof-idee fassbar, sondern auch in einer genealogischen Traditionsbildung, die allerdings nur selten in den Quellen aufscheint. So ließ Johann Havergo aus Wellentrup bei Oerlinghausen 1563 durch einen Bielefelder Notar die Aussage zweier Bauern aus der Nachbarschaft zu protokollieren. Der eine war fast 90 Jahre alt, der andere über 100 Jahre. Man war damals dazu geneigt, dass Lebensalter ehrwürdiger Greise großzügig aufzurunden. Die beiden Alten verfügten über ein verblüffend weit zurückreichendes und zuverlässiges Wissen um die Geschichte des Nachbarhofes. Die von ihnen genannte Vorbesitzer lassen sich tatsächlich ab 1437 urkundlich nachweisen. Es war die erste von

zahlreichen Zeugenaussagen im Rahmen eines Prozesses um die Rechtsstellung des Hofes. Nach der Herkunft ihres Wissens befragt, gaben die Zeugen regelmäßig an, sie hätten diese Dinge als Kinder von älteren Verwandten gehört, „nicht ein, sondern etzliche Male“. Im Spätmittelalter hätten die mündlichen Aussagen als solche noch genügt, um den Fall zu klären. Unter den neuen Bedingungen des römischen Rechtes mussten die Aussagen nunmehr fixiert und im Rahmen eines Prozess-verfahrens bewertet werden. Dies ist ein Aspekt des Eindringens der Schriftlichkeit in alle Lebens-bereiche, das sich seit dem 16. Jahrhundert voll-zog.

Einen Schritt weiter ging der 1765 verstorbene Hans Christian Künne, Besitzer eines Halbspän-nerhofes im nordlippischen Welstorf. Er hinter-ließ folgende Mitteilung: „Den 3. Mertz 1764. Wolt Hiermit meinen Kindern und Nachkommen Zur nachricht nach Lassen, wie ich geböret Hab von meinen Vor Eltern, war unser Stamm und geschlecht von Herrrühre, Weil die-ser Hof Soll lang herr Bei einem Mannsgeblühte gestanden haben ...“ Der damals 67-jährige Künne wollte also das Wissen um die Geschichte seines Hofes und seiner Familie an seine Nachkommen weiter-geben. Mühsam bediente sich der niederdeutsch sprechende und denkende Landmann der in der Schule erlernten hochdeutschen Schriftsprache. Mit offensichtlichem Stolz verwendet er Begriffe aus biblischem und adligem Sprachgebrauch wie „Stamm“, „Geschlecht“ und „Mannsgeblüth“.

Künne erläutert zunächst, dass sich der Hofname vom Namen einer Vorfahrin ableite, die auf dem Hof „lange Jahre im Wittwenstande gesessen Haben mit ihren Kindern ..., es muss wenigstens über 200 Jahr sein, sonst vorhin soll er gebeissen Haben wie des Besitzer oder desjenigen Meiers damals sein Tauf nahmens gebräuchlich gewesen sein“. Diese Information lässt sich an den lippischen Landschatzregistern überprüfen, in denen seit 1507 unter den Schatzpflichtigen in Welstorf an erster Position ein „Hencke“ ohne weiteren Zunamen genannt wird und 1545 an dessen Stelle „der Groten Kunnen Szone“ („der großen Kunnen Sohn“).

Nach der Erklärung des Hofnamens führt Hans Christian Künne die Reihe der nachfolgenden

Hofbesitzer mit ihren Ehefrauen auf: „*Diese vorhin angeführte Witwe [Kunne] soll einen Sohn mit Namen Hans zum Anerben gezeugt haben. Derselbe soll eine Frau von Noltens Hofe aus der Laube geheiratet haben ...*“, und entsprechend geht es weiter. Die von Künne aufgerollte Ahnenreihe über zwei Jahrhunderte und sechs bzw. sieben Vorfahrgenerationen hinweg erweist sich bei der Prüfung an den archivalischen Quellen als erstaunlich zuverlässig. Mit der Generation seines Großvaters Hans Künne verzichtet er auf den Konjunktiv: „*Diesen Eltern ihr Anerbe hat wieder Hans gebeissen und hat eine Frau gehabt vom Meierhofe zu Asemissen aus dem Oerlinghause*“ Dieser Großvater, der im neunten Lebensjahr seines Enkels verstarb, war offensichtlich sein Gewährsmann.

Die Künnesche Familiengeschichte konzentriert sich ganz auf den Hof, auf den Ursprung des Hofnamens und die Erbfolge. In der Besitzergeschichte des Künnehofs spiegelt sich nach Ansicht Hans Christian Künes die göttliche Fügung. So schreibt er über seinen Vater: „*Derselbe ist damals auch Anerbe gewesen zu Klocken Hofe, ist aber durch die Schickung Gottes nach Welstorf gekommen*“. Bei seinen eigenen Kindern äußert er die „*Hoffnung*“, dass die frühverstorbenen von Gott „*zu Gnaden angenommen*“ und die anderen Kinder leben werden, „*so lange es dem lieben Gott gefällt*“. Seine „*selige Frau ist mir in ihrem 52. Jahre von der Hand des großen Gottes genommen*“ worden. Doch neben dem Einfluss des göttlichen Willens trat die persönliche Leistung der Vorfahren in der Vorstellung des Schreibers durchaus nicht völlig in den Hintergrund. Künne berichtet von seinen Ururgroßeltern, dass diese „*an die 50 Jahre den Hof in gutem Zustande unterhalten*“ hätten. Auch die prestigeträchtige Herkunft der einheiratenden Frauen hatte für ihn offensichtlich große Bedeutung. Künne vermerkte sorgfältig, von welchen Höfen die Vorfahrinnen stammten, denn es waren im Wortsinne namhafte Höfe.

Haus und Hof waren auch in vorindustrieller Zeit keine Refugien harmonischen Zusammenlebens, Sozialromantik im Stil des 19. Jahrhunderts ist bei der Betrachtung bäuerlicher Lebensformen unangebracht. Man muss dagegen geradezu von inner-

häuslichen Verteilungskämpfen um das Anerbe, um Brautschätze, um Eheversprechen, um Meierjahre und um Leibzuchtsrechte sprechen, die vor Gericht ausgetragen wurden und dickleibige Prozessakten füllen. Die Geschichte jedes einzelnen Hofes bietet dazu reichliches Anschauungsmaterial. Aber nur aus diesem Grund ist es überhaupt möglich, nähere Eindrücke vom bäuerlichen Selbstverständnis in der Frühen Neuzeit zu erhalten. Dass die Hofidee einen wesentlichen Anteil an diesem bäuerlichen Selbstverständnis hatte, dass sich die individuelle Lebensleistung einfügen sollte in die durch Erbfolge konstituierte Traditionslinie, dass diese Hofidee Orientierung und Zuversicht vermittelte, das lässt sich an unterschiedlichsten Zeugnissen erkennen.

„*Dies Haus ist mein und doch nicht mein*“: Der eingangs zitierte Spruch verweist auf die zeitliche Frist, die dem Bauherrn gegeben ist; irgendwann würde das Haus einem anderen gehören. Dass man diesem Umstand nicht immer mit zuversichtlichen Gefühlen gegenüberstand, zeigt die Inschrift eines Kötterhauses in Hagendonop von 1798. Sie formuliert sowohl den Stolz auf die eigene Leistung als auch den Zweifel, dass die Nachfolgenden dieser Leistung wert sein werden: „*Es mus ein Mensch/ der seine Arbeit mit Weisheit Vernunft und Geschicklichkeit gethan hat/ dieselbe einem andern zum Erbtheil lassen/ Der nicht daran gearbeitet hat.*“ Man kann an diesem Ausspruch das Ende der in der feudalen, von ererbten Rechten geprägten Gesellschaftsordnung verwurzelten Hofidee erkennen und das Heraufziehen der bürgerlich-liberalen Vorstellung, wonach jeder seines eigenen Glückes Schmied sei.

*Eine erweiterte und mit Anmerkungen versehene Fassung dieses Vortrags wird in einem Tagungsband des Niedersächsischen Instituts für historische Küstenforschung in Wilhelmshaven (Arbeitstitel „*Neue Wege zu alten Bauten – Interdisziplinäre Forschungen zum Thema Haus*“) erscheinen.*

Weitere Beiträge des Verfassers zu den angesprochenen Aspekten:

- Meier zu Barkhausen. Eine Geschichte der Höfe Niederbarkhausen und Hohenbarkhausen in Lippe, Münster/Norderstedt 2006 (in Vorbereitung)
- Der Amtsmeierhof Asemissen und das Amt Barkhausen. Eine Hof- und Familiengeschichte aus dem lippisch-ravensbergischen Grenzgebiet (mit einem Beitrag von Heinrich Stiewe), Horn-Bad Meinberg/Norderstedt 2002
- Familienname contra Hofname. Konkurrierende Formen bäuerlicher Namensvererbung in Wittgenstein und Lippe, in: Dörfliche Gesellschaft und ländliche Siedlung. Lippe und das Hochstift Paderborn in überregionaler Perspektive, hg. von Uta Halle, Frank Huismann u. Roland Linde, Bielefeld 2001, S. 121-145
- „... dass die Zweige dem Stamm folgen müssen.“ Bäuerliche Familienüberlieferungen in der frühneuzeitlichen Grafschaft Lippe, in: Historisch-demographische Forschungen. Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven, hg. v. Frank Göttmann u. Peter Respondek, Köln 2001, S. 107-137

Zwischen Verstrickung und ästhetisierendem Gedenken. Zum Umgang mit dem Holocaust

von Gudrun Mitschke-Buchholz

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte mich für diesen Preis und für die Anerkennung meiner Arbeit bedanken. Es ist eine Ehre für mich, und dies umso mehr, als die Themen Nationalsozialismus und Holocaust zwar nahezu permanent in den Medien zu finden sind, aber dennoch – oder gerade darum - keine Hinwendung zu Empathie und Bewusstheit erzeugen,

sondern, wie ich fürchte, den meisten schlichtweg auf die Nerven gehen.

Der derzeitige Erinnerungsboom, u.a. ausgelöst von den Kriegskindern des Zweiten Weltkrieges, die nun ihr Leben bilanzieren, wurde von den Medien gewinnbringend entdeckt und in Massen über die Sender geschickt. Der 60. Jahrestag des Kriegsendes war da ein willkommener Anlass, um an Bombenkrieg und an Flucht und Vertreibung zu erinnern.

So ist ein brisantes Nebeneinander von unterschiedlichen Erinnerungskulturen entstanden, die nicht nur zu Deutungskonkurrenzen führen können und die auf die unterschiedlichsten Verortungen in der Geschichte weisen. Erfahrungs- und Erinnerungsräume sind somit mehrfach perspektivisch gebrochen.

Es fällt auf, dass immer mehr den Opferstatus für sich selbst beanspruchen und in einem nahezu trotzigem „Aber-ich-auch“ die Mühen des Begriffs verweigern. Aber ich meine, die Lösung dieser Gleichungen stimmt nicht, denn es sind falsche Gleichsetzungen mit den Holocaust-Opfern - diese emotionale Algebra geht nicht auf.

Ich werde oft nach meiner Motivation gefragt, mich diesem Thema zu widmen, zumal ich doch zu den Nachgeborenen gehörte, die keine Schuld treffen könne - sozusagen in biologisch verbürgter Unschuld. Ob es vielleicht jüdische Wurzeln sind, die mich zu dem Thema geführt haben (das liegt dann am „Buchholz“ in meinem Namen). Und manchmal schließen sich sogar Fragen nach meiner eigenen seelischen Verfasstheit an.

Aber – und dies sei ganz deutlich gesagt, und im Rahmen meiner Preisverleihung mag das paradox klingen – es geht nicht um mich. Es geht nicht darum, ob ich mich moralisch gut oder besser fühle, wenn ich über den Holocaust und die Folgen arbeite. Es geht immer um die Opfer. Sie stehen im Mittelpunkt.

Und wenn ich mich - und Sie - mit ein beziehe, dann in einem Sinne von Verantwortlichkeit, der uns viel mehr abverlangt wird, als uns lieb ist: Verantwortung sich selbst gegenüber und, wie

Amos Oz sagt, „Verantwortung gegenüber dem kollektiven Gedächtnis und dem kollektiven Vergessen, die vielleicht nicht geringer ist, als die Verantwortung den Opfern Nazideutschlands gegenüber.“ Denn wir sind die Mitglieder der Nachfolgegesellschaft des Nationalsozialismus. Historische und soziale Identität fallen nun mal zusammen, und auch wer heute jung ist, kann nicht geschichtslos leben. Auch und gerade wenn uns seit neuerem Nationalstolz und vaterländisches Engagement angedient werden, die in einem ebenso absurden wie entlarvenden „Du bist Deutschland“ enden.

Wir stehen in einem gemeinsamen geschichtlichen Zusammenhang, und es gilt zu begreifen, wie tief wir selbst in der Geschichte stecken, die wir bloß zu untersuchen glauben. Denn auch wenn oftmals das Bild einer hermetisch abgeschlossenen Schreckensherrschaft mit einer nahezu außerweltlichen Gesellschaft quasi auf einer Insel entworfen wird, die mit der Zeit vorher und nachher und mit uns schon mal gar nichts zu tun hat, ist Auschwitz eben nicht auf einem anderen Planeten gewesen, sondern war in das Leben hier eingebettet. Das eindimensionale, hermetische Bild des Verbrecherstaates stellt eine auf Distanz gehaltene Vision dar, die eine wohlfeile Vergangenheitsbewältigung zu unterstützen vermag. Dieses außerweltliche Modell dient einer kollektiven Entlastung und ist schlicht realitätsfern. Das Gegenmodell wäre eine reflexive Annäherung an die Geschichte der eigenen Gesellschaft. Somit ist es notwendig, die negativen historischen Erfahrungen der eigenen Geschichte deutend anzueignen und mit ihnen in aller Konsequenz zu leben.

Ich bin mir der Schwierigkeiten, die Vergangenheit zu vergegenwärtigen durchaus bewusst. Ich weiß, wie schwer es ist, immer wieder neue Formen der Vermittlung zu finden. Mit und um das Thema Holocaust ringe ich seit vielen Jahren, und auch heute habe ich nicht die Lösung im Gepäck.

Auch im institutionellen Gedenken zeigen sich die umrissenen Probleme und manifestieren sich in Mahnmalen und in einer Rhetorik, bei der man

sich fragen muss, in wessen Dienst der Umgang mit dem Gedenken eigentlich gestellt wird. Bleibt man auf der sprachlichen Ebene, so findet man immer wiederkehrende Bilder und Metaphern für die NS-Vergangenheit, die den Charakter von rituellen Beschwörungsformeln angenommen und auch auf der Alltagsebene die Deutung der historischen Ereignisse geprägt haben: „das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte“, „Zivilisationsbruch“ und „brauner Spuk“ sind nur wenige Beispiele. Diese ritualisierte Sprache führt nicht nur zu bestimmten Formen des Erinnerns, sondern auch zu solchen des Vergessens. Sie ist gesellschaftlich hoch spezifisch, und sie ist von konkreten Interessenlagen bestimmt.

So ist es notwendig, die sprachliche Annäherung im Sinne einer klaren Benennung zu überprüfen. Auch heute noch werden Gedenksteine mit Bibelziten versehen, die in vielen Fällen alles und nichts bedeuten, anstatt zumindest die Namen der ehemaligen jüdischen Nachbarn zu nennen.

In Klammern bemerkt: Ich frage mich jedes Mal bei Gedenkfeiern, bei denen es doch um jüdische Opfer geht, warum eigentlich fast immer christliche Choräle gespielt werden. Überlegenswert wäre, inwieweit wir uns damit nachträglich der Opfer bemächtigen, um dann ganz auf einen musikalischen Rahmen zu verzichten.

Doch zurück zur Sprache: Amos Oz geht so weit, auch den Begriff ‚Shoah‘ abzulehnen: „Shoah – das ist eine Naturkatastrophe, ein Erdbeben, der Einschlag eines Meteoriten, ein Tsunami. Was Nazi-Deutsche den Juden getan haben, den Roma und Sinti, den Homosexuellen, den Intellektuellen, den Behinderten und Hunderttausender anderer Menschen war keine „Shoah“, sondern geplanter absichtsvoller Mord. Ein kaltblütiges Verbrechen.“

Vielleicht ist es hohe Zeit, einen Gegengedanken zu wagen, Worte genau zu prüfen und die rituelle Rahmung des Sprechens über die NS-Zeit zu

verlassen: Ein Paradigmenwechsel scheint mir dringend geboten.

„Unmenschlichkeit“ ist einer jener Begriffe, die fast immer in diesem Zusammenhang verwendet werden und drohen, leer zu laufen: ein „unmenschliches“ System, „unmenschliche“ Verbrechen. Aber schaut man in die Geschichte und in unsere Gegenwart, was Menschen zu tun in der Lage sind, so drängt sich der Gedanke auf, dass diese grauenhafte Seite fest in den Menschen eingeschrieben ist. „Menschlichkeit“, diese elementare normative Qualität des Menschseins, bekommt dann einen Klang, der mich zutiefst beunruhigt.

Die Gefahr einer Verfestigung, Stereotypisierung und Erstarrung in Klischees ist also groß. Eine ständige Überprüfung der Erinnerungsformen bleibt notwendig, damit die Erinnerung an die erbarmungslose und nackte Wirklichkeit des Holocaust nicht schlimmstenfalls in Leere oder gar Trivialisierung enden soll.

Wenn wir über die „zentrale Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ sprechen, so landen wir unweigerlich auch beim zentralen deutschen Mahnmal in Berlin. Ich möchte und kann in diesem Rahmen natürlich nicht annähernd alle Aspekte des Holocaust-Mahnmals beleuchten, aber dennoch einige Gedanken daran knüpfen. In der Konzeption des Architekten Peter Eisenman, die mir im übrigen vom Mahnmal in Treblinka, sagen wir, inspiriert zu sein scheint, war für das Mahnmal kein Informationszentrum vorgesehen. Seine Idee belief sich auf dieses riesige Stelenfeld, in dem kein einziger Name zu finden sein sollte. Der Vorwurf, Eisenman verlängere das Schweigen über den Holocaust, scheint mir nicht unbegründet. Sie erinnern sich, dass es wegen der Beteiligung der Degussa-Nachfolgefirma am Mahnmal zu Diskussionen und Baustopp kam. Eine bemerkenswerte Geste wäre es in meinen Augen gewesen, wenn diese Firma ihre Leistungen unentgeltlich in den Dienst der Verantwortlichkeit gestellt hätte. Die Streitigkeiten um das Mahnmal empfand ich in gleichem Maße unwürdig und entlarvend, und mir schien die ehrlichste Form gewesen

zu sein, eine Bauruine zu hinterlassen, die hätte zeigen können, wie die Gesellschaft mit der NS-Zeit umgeht.

Viele Überlebende waren und sind gegen dieses Mahnmal, sie wurden aber nicht nach ihrer Meinung gefragt. Arno Lustiger, selbst ein Überlebender des Holocaust, zitierte einen Freund, der gesagt hat: „Dieses Denkmal ist das Symbol für die Leistungsfähigkeit der deutschen Betonindustrie.“ Und Lustiger mahnte: „Glaubt nicht, dass durch Klötze Empathie entstehen kann.“

Wir wissen, dass während des sog. Dritten Reichs Menschen nicht nur das Recht auf Anderssein verwehrt wurde. Ihnen wurde ihre soziale und personale Identität, ihre Zugehörigkeit zur menschlichen Gattung abgesprochen. Sie waren zum Gegenstand bürokratischer und technischer Vollzüge herabgesunken, namenlos und ihres Menschseins beraubt. Sie wurden der Vernichtung preisgegeben, transformiert von Subjekten zu Materie oder aber in ein namenloses Verschwinden.

Existiert dann aber nicht eine entsetzliche Entsprechung zwischen dem, was die Täter aus den Opfern gemacht haben und der Art, wie wir in Mahnmalen an sie erinnern? Ist dies dann nicht eine Bestätigung des Objekthaften, in das die Täter die Opfer überführt haben?

Als das Berliner Mahnmal eingeweiht wurde, gab es bekanntermaßen dann doch ein Informationszentrum (das bezeichnenderweise am 3. Oktober, immerhin dem deutschen Nationalfeiertag, geschlossen blieb, weil es eben ein Montag war), und auch Eisenman war nun mit dem Ort der Information einverstanden. Nach seiner Absicht hinsichtlich des Mahnmals befragt, antwortete er, er hätte keine Absicht. So stehen wir also in dieser, wie Götz Aly sagt, „pompös-ästhetisierenden Sprachlosigkeit“, vor einem Mahnmal, was wohl wirklich nur für uns da ist und ohne die Opfer auszukommen scheint.

Ein Gedenken, das sich in Ritualen im Grunde um sich selbst dreht, führt vom Gegenstand weg, auf den sie die Aufmerksamkeit vielleicht nur scheinbar gelenkt haben, und hin zu einer Selbstbespiegelung der Gefühle. So paradox es auch klingen mag: Die Stabilität der Erinnerung hängt von ihrer Fähigkeit zur Erneuerung ab. Immer wieder gilt es prüfen, ob wir nicht auf der Ebene der Ästhetik und Ritualisierung nach einer „magischen Erlösung“ suchen, wie Paul Celan sagt, oder ob wir nur in einer Ungenauigkeit der Moral stecken geblieben sind, ohne diese Ebene mit Wissen und historischem Bewusstsein zu unterfüttern, denn wir sind noch immer den Opfern und der Aufklärung verpflichtet.

In Lippe, um in die heimische Region zurückzukehren, ist nun die Aktion „Den Stuhl vor die Tür gestellt“ geplant. Vor Häusern, die ehemals jüdischen Bürgern gehörten bzw. in denen Jüdinnen und Juden wohnten, sollen leere Stühle aufgestellt werden, um die Vertreibung zu symbolisieren und den Verlust augenfällig zu machen. Es handelt sich um eine, wie es heißt, „fotografische Spurensuche“, denn die leeren Stühle sollen vor den jeweiligen Häusern fotografiert werden. Diese Bilder sollen dann in einer Ausstellung zusammengeführt, mit Texten versehen und u. a. am 27. Januar 2006 präsentiert werden. Mir will sich diese Konzeption nicht erschließen, nicht zuletzt, weil mir solche Wortspiele angesichts von Völkermord unangemessen erscheinen.

Wichtiger ist mir aber nun auch in diesem Zusammenhang die oben angeführte Unterfütterung mit Wissen, denn im Zuge der geplanten Aktion stellte sich heraus, das die Arbeit, die hier seit Jahren zur Erinnerung an die jüdischen Einwohner geleistet wird, so manchem Beteiligten unbekannt war. So auch der Stadtrundgang „Auf jüdischen Spuren“ und das Gedenkbuch für die NS-Opfer in Detmold, beides immerhin seit mehr als 4 Jahren auf dem Markt. Ich bitte Sie, dies nicht als verletzte Eitelkeit der Autorin zu verstehen, aber dieses Wissen ist mehr als nur notwendig. Umso dringlicher ist ein Gedenkbuch für die Opfer aus ganz Lippe. Dieses Buch steht noch

immer aus. Und es wäre ihm - und uns - eine größere Resonanz zu wünschen.

Vor ein paar Monaten wurde in einer Nachbarstadt Detmolds die Idee diskutiert, ebenfalls ein Gedenkbuch zu erarbeiten. So erhielt ich einen Anruf von demjenigen, der mit dieser Aufgabe betraut werden sollte (und der mir während meiner eigenen Arbeit keine meiner Anfragen beantwortet hatte). Nachdem er sich lobend und anerkennend über das Detmolder Gedenkbuch geäußert hatte, stellte er mir folgende Frage: „Sagen Sie mal, ist so ein Gedenkbuch eigentlich viel Arbeit?“

Nicht nur wegen meiner Sprachlosigkeit ließ ich die Frage im Raum stehen. So erzählte ich ihm, welche Bedingungen vorab geklärt werden müssen, welche Recherchen notwendig sind, welche Institutionen, wie Einwohnermeldeamt, Archive und Gedenkstätten, kontaktiert und oder auch aufgesucht werden müssen; ich sagte ihm, dass man die wenigen Nachkommen, die es noch gibt, besuchen und befragen sollte, dass man all diese Informationen überprüfen und abgleichen muss und dass ein Gedenkbuch eigentlich immer im Prozess ist. Ich habe von meinem Anrufer seither nichts mehr gehört, und soweit ich weiß, ist in jener Nachbarstadt bislang kein Gedenkbuch entstanden.

Heute nun scheint mir hier der richtige Ort und der richtige Zeitpunkt zu sein, die Frage meines Anrufers, die, wie ich meine, über sich hinausweist, zu beantworten. Und mir bleibt die Hoffnung, dass Sie meine Antwort vor dem Hintergrund meiner Ausführungen verstehen werden. Meine Antwort ist: Ja, es ist viel Arbeit, und sie erfordert den ganzen Menschen.

„Schutzhaft“ – auf dem Weg in den Terrorstaat

von Wolfgang Bender¹

Das Rechtsinstitut der „Schutzhaft“ gab es in Preußen seit dem 24. September 1848. Es war im „Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit“ im § 3 verankert, ohne das der Begriff „Schutzhaft“ als solcher bereits *expressis verbis* genannt wurde. Es heißt dort, die persönliche Freiheit einschränkend: „Diese Bestimmungen (§§ 1 u. 2) bleiben außer Anwendung auf Personen, welche zu ihrem eigenen Schutze oder während sie die Ruhe, die Sittlichkeit oder die Sicherheit auf den Straßen und an öffentlichen Orten gefährden, polizeilich in Verwahrung genommen werden. Diese Personen müssen jedoch spätestens binnen 24 Stunden entweder in Freiheit gesetzt oder dem gewöhnlichen Verfahren überwiesen werden.“

Bei der Begründung dieser Haft berief sich der preußische Gesetzgeber bezeichnenderweise auf die von Polizei und Militär bei der Niederschlagung des schlesischen Weberaufstandes im Jahre 1844 vollzogenen exekutiven Verhaftungen. Mit diesem Gesetz erhielt die preußische Polizei die Befugnis zu zeitlich befristeten Inhaftierungen unter dem Vorwand des Schutzes der eigenen Person. Sowohl in Preußen als auch in den meisten anderen deutschen Staaten, die in der Folgezeit analoge Bestimmungen erließen, trug diese Haftform schon seit ihren Anfängen vornehmlich den Charakter einer sicherheitspolizeilichen Repressivmaßnahme und weniger den des Schutzes eines Individuums.

Während des 1. Weltkrieges erließ Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1916 auf Grund des Kriegs- und Belagerungszustandes das „Gesetz betreffend die

Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung...“, das „zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches“ in § 1 die Haftanordnung auch der vollziehenden Gewalt gestattete und die „Inschutzhaftnahme“ – zumindest auf dem Papier – unter strengen Vorgaben (§ 2ff.) regelte und zu einer Milderung der Inhaftierungspraxis führen sollte. Im Juli 1918 betrug die Zahl der Schutzhäftlinge im gesamten Reich 880.

Der Begriff „Schutzhaft“ bürgerte sich erst während des 1. Weltkrieges (1914-1918) - bedingt durch zahlreiche Reichstagsdebatten - in der Bevölkerung ein. Prominente „Schutzhäftlinge“ während der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit waren die Sozialisten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht oder Felix Fechenbach, von dem auch Tagebuchaufzeichnungen aus seiner Ulmer „Schutzhaft“ im Jahre 1919 in der Ausstellung präsentiert werden.

Spätestens seit dem 1. Weltkrieg wurde der Begriff endgültig zu einem Euphemismus. Nicht der Bürger wurde vor anderen Mitgliedern der Gesellschaft zu seiner Sicherheit im polizeilichen Gewahrsam geschützt, nein, der Staat wollte mit Hilfe dieses Polizeiistrumentes die „Fesseln“ der richterlich anordneten Haft für Einzelne umgehen, indem er mit dieser Form der Polizeihaft unliebsame, politisch verdächtige Personen festsetzte und wegspernte. Freiheitsentzug in Form der „Schutzhaft“ war *eine* Form der so genannten vorbeugenden Verbrechensbekämpfung. In den Ursprüngen dieser Form der Haft zielte die „Schutzhaft“ auf Gruppen, die von Vertretern des Staates nicht akzeptiert wurden. Geahndet wurde weniger eine nachweisbare Straftat als viel mehr die Form und der Inhalt der Meinungsäußerung. Im 1. Weltkrieg wandte der jeweilige Militärbefehlshaber das Mittel der „Schutzhaft“ im „Belagerungszustand“ v.a. an, um Aufruhr und andere Formen des Protestes der Bevölkerung gegen die Kriegsfolgen zu unterbinden.

Auch in der Weimarer Republik wurde das Institut der „Schutzhaft“ beibehalten und vornehmlich

¹ Vortrag anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Schutzhaft“ im Staats- und Personenstandsarchiv Detmold am 24. Januar 2006.

in der Frühphase bis 1923/24 gegen die Separatisten im Westen des Reiches und die Putschisten von links (Spartakisten und Kommunisten) häufig angewendet, während man auch hier auf dem rechten Auge weitgehend blind war. Und schon in den ersten Krisenjahren der Republik wurden diese „Schutzhäftlinge wie die unerwünschten, abzuschiebenden Ausländern in Lagern konzentriert, die man als Konzentrationslager bezeichnete.

Vor 1933 war die „Schutzhaft“ für die Polizei ein Instrument vornehmlich gegen *einzelne* Mitglieder der deutschen Gesellschaft. Im Nationalsozialismus wurde es ein bequemes Masseninstrument, das keine Gruppe, keine Minorität, die ihre Werte unabhängig von der NS-Ideologie suchte, ausschloss. Ein eigenes „Schutzhaftgesetz“, vergleichbar mit dem von 1916, gab es im Nationalsozialismus bezeichnenderweise nicht, dafür aber über 400 Verordnungen, Erlasse, etc., die als verästeltes Werk von Anordnungen die „Schutzhaft“ bis ins kleinste Detail regelte. Zugleich wurde die „Schutzhaft“ Gegenstand zahlreicher apologetischer juristischer Ausarbeitungen, die sich mit ihrem Ursprung und Wesen beschäftigten.

In der Zeit des Nationalsozialismus war die „Schutzhaft“ eines der schlagkräftigsten Instrumente des Regimes zur Bekämpfung seiner Gegner. Mit Hilfe der „Schutzhaft“, deren formaljuristische und pseudolegale Grundlage die „Reichstagsbrandverordnung“ vom 28. Februar 1933 bildete, die sich wiederum auf den „Notstandsartikel“ 48, Abs.2 der Weimarer Verfassung stützte, schuf sich die Politische Polizei einen von jeder rechtsstaatlichen Bindung und Kontrolle gelösten Raum staatlicher Willkür. Die Reichstagsbrandverordnung wiederum wurde bereits nur einen Tag nach dem Reichstagsbrand vom 27.2.1933, der von dem mutmaßlichen komm. Täter Marinus van der Lubbe entfacht wurde, mit „der Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ in der Präambel motiviert. Die Verordnung, bei der Reichsinnenminister Frick auf umfangreiche Vorarbeiten der früheren Papenregierung zurückgreifen konnte,

hob neben anderen Grundrechten der Weimarer Verfassung auch die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit „bis auf weiteres“ auf (Art. 114). Dieses „bis auf weiteres“ galt bekanntlich bis zum Kriegsende.

Die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933 wurde mit zum zentralen Instrument der nationalsozialistischen Technik der Machteroberung und sollte noch vor dem „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März zum „Grundgesetz des Dritten Reiches“ und zu seiner eigentlichen „Verfassungsurkunde“ werden, so der Staatsrechtler Ernst Fraenkel. Dabei ist zu berücksichtigen, dass formal die Weimarer Reichsverfassung, wenn auch inhaltlich und institutionell völlig ausgehöhlt, bis zum 8. Mai 1945 in Geltung blieb. Denn Hitler war nicht daran interessiert, für sein „3. Reich“ eine neue Verfassung zu entwerfen, um sich nicht durch geschriebene Normen in seinem uneingeschränkten „Führerwillen“ binden zu lassen. Der „Führer ist Quell des Rechts“ wie es der NS-Staatsrechtler Carl Schmitt griffig formulierte.

„Schutzhaft“ in Hitlers Terror-Staat wurde unter Ausschaltung der Justiz, ohne richterlichen Haftbefehl, - wie gesagt - als vorbeugende polizeiliche Maßnahme verhängt, weshalb der „Schutzhäftling“ gegen seine Einweisung in ein Gefängnis, eine Haftanstalt oder ein Lager nicht juristisch vorgehen konnte. Willkürlichen und zeitlich unbegrenzten Inhaftierungen waren damit Tür und Tor geöffnet. Der Begriff war mithin endgültig ebenso falsch wie demagogisch geworden. Es kam also auch bei der „Schutzhaft“ zu einer völligen Sinnverkehrung der Begrifflichkeit, die man häufiger im Nationalsozialismus feststellen kann. Der Jurist Dr. Otto Geigenmüller, ein zeitgenössischer Apologet der „Schutzhaft“, definiert diese 1937 treffend wie folgt: „Sie ist die aus politischen Gründen im Verwaltungswege verfügte vollkommene Entziehung der persönlichen Freiheit, ist also eine Verwaltungsmaßnahme staatspolitischer Natur. Sie dient in erster Linie der Abwehr der Gefahren, die der nationalsozialistischen Volkordnung und der Sicherheit des nationalsozialistischen Staates durch Angriffe seitens volks- und

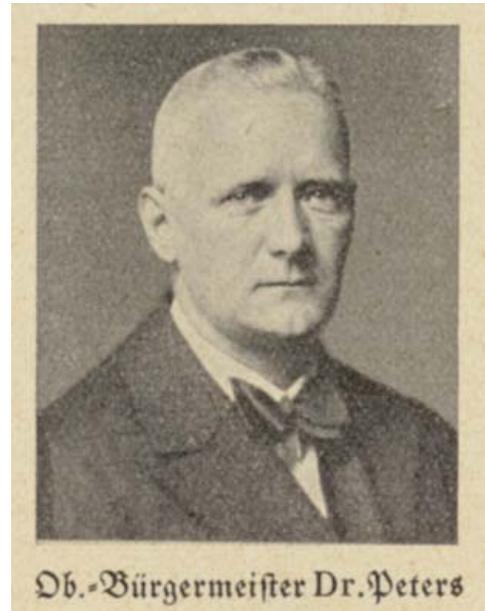
staatsfeindlicher Elemente drohen. Sie bezweckt vor allem die Sicherung der politischen Integrität von Volk und Staat und will im Regelfalle zugleich, wenn auch im Allgemeinen erst in zweiter Linie, einen Druck auf die politische Einsicht des Häftlings ausüben. ... Sie stellt die schärfste Waffe der Politischen Polizei gegen den Volks- und Staatsfeinde dar. Die Schutzhaft weist die wesentlichen Merkmale der polizeilichen Sicherheitshaft auf und unterscheidet sich scharf von der Straf- und Untersuchungshaft. Sie ist ein ordentliches polizeiliches Zwangsmittel.“²

Die Inhaftierungen nahmen auf Anordnung ihrer vorgesetzten Dienststellen im Jahre 1933 nicht nur Polizisten, sondern auch und vor allem als „Hilfspolizisten“ eingesetzte SS und SA-Männer sowie Stahlhelmer vor, deren Zahl sich auf rund 50.000 Mann im gesamten Reich belief. Dass es gerade bei der „Inschutzhaftnahme“ durch diese Personengruppen, die aus der „Kampfzeit“ noch manche Rechnung mit ihren politischen Feinden offen hatten, zu Übergriffen auf die „Schutzhäftlinge“ schon bei der Festnahme kam, braucht an dieser Stelle nicht näher ausgeführt werden. Später war für die Anordnung und Durchführung der „Inschutzhaftnahme“ die politische Polizei, die Beamten der Gestapo zuständig (s.u.).

Erste Opfer der „Schutzhaft“ im Frühjahr 1933 waren zunächst vor allem Funktionäre der Arbeiterbewegung, besonders die Kommunisten, sowie Juden, die in Gefängnissen und so genannten wilden Konzentrationslagern z.T. über Wochen und Monate ohne richterlichen Beschluss in diesen rechtsfreien Räumen festgesetzt, verhört, erpresst und teilweise auch misshandelt, ja, getötet wurden. Zeitzeugen betonen, dass die Schreie der Gefolterten nicht selten in der unmittelbaren Nachbarschaft zu hören waren. Die entlassenen „Schutzhaftgefangenen“ durften bei Strafe nichts über ihre Haft berichten. Doch wurden viele Menschen Augenzeugen der Verhaftungen und Misshandlungen auf offener Strafe, Felix Fechenbach und Emil Peters sind hierfür lippische Bei-

² Otto Geigenmüller: Die politische Schutzhaft im nationalsozialistischen Deutschland. Würzburg 1937. S. 30.

spiele, wie viel schlimmer mussten dann erst die Terrorstätten sein, an die die Menschen verschleppt wurden und über die sie offiziell nichts berichten durften.



Ob.-Bürgermeister Dr. Peters
Der Detmolder Oberbürgermeister Dr. Emil Peters
(Foto: StA DTD 75 Nr. 9326).

Die Nationalsozialisten fuhren mit der Veröffentlichung – auch in der Presse – einerseits, und in der befohlenen Verheimlichung andererseits, eine „Doppelstrategie“, die durch dieses bruchstückhafte Wissen die Furcht vor der „Inschutzhaftnahme“ in Gefängnissen und Lagern noch steigern half. Manche „Schutzhäftlinge“ blieben nur wenige Tage, ja Stunden in „Schutzhaft“, andere viele Wochen. Nach drei Monaten musste die „Inschutzhaftnahme“ jedoch überprüft werden. Bei ihrer Entlassung aus der „Schutzhaft“ unterzeichneten die vormaligen Häftlinge eine formlose Erklärung, in der sie sich ausdrücklich verpflichteten, sich künftighin jeder „staatsfeindlichen Betätigung“ zu enthalten.

Bereits im Laufe des Jahres 1933 kamen „Schutzhäftlinge“, die länger festgehalten werden sollten und die der NS-Staat als besonders bedrohlich empfand, in die neu errichteten Konzentrationslager wie das „Musterlager“ Dachau, die darüber hinaus auch zur Entlastung der überfüllten Gerichtsgefängnisse und Haftanstalten fundiert wurden. Diese Konzentrationslager mit Arbeitszwang

für die Häftlinge standen unter SS-Verwaltung und waren der Aufsicht von Justiz und allg. Verwaltung spätestens seit Sommer 1934 völlig entzogen. Die „Schutzhaftgefangenen“ aus Ostwestfalen-Lippe, die nicht nur wenige Tage oder Wochen in Haft verbleiben sollten, kamen in den Jahren 1933/34 vornehmlich in das KZ Börgermoor im Emsland, einem vormaligen Reichsarbeitsdienstlager. In diesen Massenlagern, deren Existenz sehr vielen Zeitgenossen auch aus der Presse hinlänglich bekannt war, drohte manchen der „Schutzhäftlingen“ nicht erst während des 2. Weltkrieges die Vernichtung durch Arbeit, Totschlag oder Mord.

Im Zuge der Konsolidierung der NS-Herrschaft sollte mit der grundsätzlichen Unterbringung in Konzentrationslagern seit Herbst 1933 die Vollstreckung von „Schutzhaft“ nur noch unter staatlicher Aufsicht erfolgen. So genannte wilde KZs also selbständige „Schutzhaftlager“ von SA- und SS-Verbänden in improvisierten, umgestalteten Haftlokalen in Großstädten, den berüchtigten „Sturmlokalen“, oder in alten Feldscheunen auf dem Lande, in denen es besonders häufig zu Exzessen der „politisch motivierten Folterknechte“ kam, waren nicht mehr notwendig und drohten zudem völlig außer staatlicher Kontrolle zu geraten. Sie wurden in der Folge aufgrund eines Erlasses Hermann Görings vom 14. Oktober 1933 sukzessive geschlossen. Das „braune Haus“ in der Kölner Mozartstr., das Provinzialwerkhaus im ostwestfälischen Benninghausen oder die Fabrikhallen in Wuppertal-Kemna waren solche Stätten des Terrors und der Willkür in unserem Lande, während es im vormaligen Freistaat Lippe - gottlob – nicht zur Bildung solcher „Marterhöhlen“ und „wilder KZs“ gekommen ist. Es gab jedoch Pläne in Lippe, ein reguläres, offizielles Konzentrationslager einzurichten, um dem Land Kosten zu sparen. Im idyllisch gelegenen Heidequell/Senne befand sich bereits ein Reichsarbeitsdienstlager, angelegt zur Kultivierung der Heideflächen, das leicht hätte „umgewidmet“ werden können, und über das es in einem Schreiben des lippischen Oberregierungsrates Oppermann an den Regierungspräsidenten zu Minden heißt:

„...dass z. Zt. 80 Arbeitsfreiwillige in 3 größeren Baracken untergebracht sind. Eine weit stärkere Belegung ist ohne Vergrößerung der Anlage ohne weiteres möglich, Küchen und andere Nebenräume sind ausreichend vorhanden.“

Die im Spätsommer und Herbst des Jahres 1933 seitens der Lippischen Landesregierung angeregte Errichtung eines solchen Lagers für „Schutzhaftgefangene“ für die Länder Preußen, Schaumburg-Lippe und Lippe in Heidequell/Senne wurde aufgrund der allgemeinen politischen Entwicklung (überraschend schnelle politische Konsolidierung) und der Entlassung zahlreicher „Schutzhaftgefangener“ durch Amnestien und Haftüberprüfung aber nicht mehr weiter verfolgt.³

Fragt man nach der Zahl, der im März/April 1933 in „Schutzhaft“ genommenen Lipper, die für eine kürzere oder längere Zeit in den lippischen oder außerlippischen Gefängnissen untergebracht waren - das Frühjahr 1933 war die „Hochzeit“ der „Inschutzhaftnahmen“ im Reich mit rund 50.000 ganz überwiegend männlichen „Schutzhäftlingen“ - , so kann man die lippische Zahl leider nicht exakt und direkt ermitteln. Die Lippische Landesregierung musste für die Zeit vom 1. März bis zum 30. April insgesamt für 5797 Verpflegungstage zahlen. Geht man von einer durchschnittlichen Verweildauer von 10 Tagen aus, ein Blick in das Schutzhaftaufnahmebuch des Detmolder Gerichtsgefängnisses legt diese Annahme nahe, so kann man die Zahl der lippischen „Schutzhäftlinge“ in den Monaten März/April auf gut 500 schätzen. Karl-Heinz Henne nennt allein 400-500 lippische Kommunisten, rund die Hälfte der organisierten KPD-Mitglieder im Freistaat, die im März/April 1933 der ersten „Schutzhaftwelle“ zum Opfer fielen und stützt sich dabei auf Schätzungen seiner Zeitzeugenbefragungen. Diese Zahl ist sicherlich zu hoch gegriffen, da zu jener Zeit bereits auch Juden, Gewerkschafter und Sozialdemokraten sowie Parteilose in „Schutzhaft“ genommen wurden. Aufs ganze Jahr 1933 gesehen, gab es allein im Detmolder Gerichtsgefängnis 457 Aufnahmen, darunter auch wie im Falle Heinrich

³ Zum Vorgenannten vgl. StA DT M 1 I P Nr. 645.

Drakes wiederholte Einlieferungen. Ein Jahr später zählte das Detmolder Schutzhaftgefangenenbuch nur noch 75 Eintragungen. Die Jagd auf potentielle Regimegegner ließ auch in der Residenzstadt wie in Lippe und im Reich spürbar nach. Offenbar hatte die systematische Anwendung der „Schutzhaft“ im Jahre 1933 und in der Folge allein das Wissen um die mögliche Anwendung des Terrorinstruments auf die linken Milieus abschreckend gewirkt.



„Schutzhäftlinge“ in Bad Salzungen, Frühjahr 1933.
(Foto: Stadtarchiv Bad Salzungen, Bildsammlung, F 622)

Am 31. Juli 1933 waren im Deutschen Reich nach offiziellen Angaben fast 27.000 Menschen in „Schutzhaft“, darunter allerdings nur 17, die sich in lippischen Gerichtsgefängnissen befanden; dazu muss man jedoch noch die unbekannte, bedeutend höhere Zahl derjenigen Lipper hinzuzählen, die in preußischen Gefangenenanstalten und Gerichtsgefängnissen wie Bielefeld, Minden, Hameln und Herford sowie in Lagern wie Börgermoor inhaftiert waren.

Ab Juli 1933 mussten auch die lippischen „Schutzhaftgefangenen“ für ihren unfreiwilligen Aufenthalt, der sie vor dem „gerechten Volkzorn“ schützen sollte, für ihre Unterbringung in den

kargen Gefängnissen für Kost und Logis zahlen, sofern sie dazu in der Lage waren!

Die in den einzelnen Ländern unterschiedliche und zugleich sehr willkürliche „Schutzhaftpraxis“ wurde erst im April 1934 durch zwei Erlasse des Reichsinnenministers Frick vereinheitlicht. In diesen „Schutzhaft“-Erlassen, die bis 1938 in Kraft blieben, wurde erstmals allgemein verbindlich angeordnet, dass neben Ober- und Regierungspräsidenten in Preußen, dem Berliner Polizeipräsidenten sowie den Landesregierungen bzw. Reichstatthalter nur noch die Gestapo und nicht mehr einzelne Repräsentanten und Institutionen der Partei berechtigt seien, Personen in „Schutzhaft“ nehmen zu lassen, die die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gefährdeten. Seit Januar 1938 war für die Anordnung der „Schutzhaft“ und die damit automatisch verbundene Aufnahme ins KZ nur noch die GESTAPO, Hitlers schärfste Waffe in der Gegnerbekämpfung, zuständig.

Wurden die wenigen „offiziellen“ Konzentrationslager 1933 hauptsächlich mit Funktionären und Sympathisanten der Arbeiterbewegung sowie Juden gefüllt, so kamen durch willkürliche Ausweitungen des Gegnerbegriffes im Laufe der Jahre Geistliche, „Asoziale“, „Zigeuner“, „Arbeitsscheue“, ferner Homosexuelle, Bibelforscher, NS-Parteimitglieder und viele andere Gruppen als „Schutzhäftlinge“ in die Konzentrationslager. Zu Beginn des 2. Weltkrieges waren in den KZs knapp 22.000 Schutzhäftlinge untergebracht, unter denen die „Politischen“ mit rund einem Drittel klar in der Minderheit waren.

Mit Kriegsbeginn wurde die zeitliche Begrenzung der KZ-Haft aufgehoben. Entlassungen von „Schutzhäftlingen“ sollten während des Krieges im Allgemeinen nicht stattfinden. Im Januar 1945 gab es fast 715.000 KZ-Häftlinge in den Konzentrationslagern auf dem Reichsgebiet, die eine völlig andere „Qualität“ bekommen hatten („Verschrottung durch Arbeit“, wie ich es einmal beim Quellenstudium für die Ausstellung Detmold in der Nachkriegszeit gelesen haben, sollte dort stattfinden). Von diesen waren

nur rund 10% deutsche Staatsangehörige und über 200.000 Frauen.

Von den ersten Improvisationen in „wilden“ „Schutzhaftlagern“ wie Wuppertal-Kemna zur bürokratischen Perfektionierung und Systematisierung von Verfolgung und Tötung in den Konzentrationslagern wie Dachau und Buchenwald führt ein langer, gradliniger und blutiger Weg, gesäumt von zahllosen willigen Vollstreckern Hitlers, um den Titel des nicht unumstrittenen Buchs von Daniel Goldhagen aufzugreifen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde keine „Schutzhaft“ mehr verhängt. Aufgrund der völligen Pervertierung dieses „Rechtsinstituts“ im NS-Staat wurde dieses 1949 im Grundgesetz Art. 104 (2) ausdrücklich verboten. Dort heißt es: „Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten.“

„Schutzhaft“, Ausstellung des NW Staats- und Personenstandsarchivs Detmold, Willi-Hofmann-Str. 2, 32756 Detmold, vom 25. Januar bis 7. April 2006. Öffnungszeiten: Mo 8-18, Di/Mi/Do 8-16, Frei 8-13 Uhr.

Tel. 05231/766-0. E-Mail: stadt@lav.nrw.de

Projekte

Artur Schweriner (1882 – 1941) – Eine Projektskizze

von Jürgen Hartmann und Dietmar Simon

Position beziehen, dem Gegner mit offenem Visier entgegentreten, ihn mit Scharfsinn, spitzer Zunge und einer gehörigen Portion Humor in die Ecke treiben – charakteristisch für den in Vergessenheit geratenen deutsch-jüdischen Journalisten Artur Schweriner. Eine in Arbeit befindliche Biographie soll dieses nun ändern. Wer war dieser Mann, der bislang nur in Randnotizen Erwähnung gefunden hat? Erkennbar ist jedenfalls, dass sein Leben als Paradebeispiel für eine politisch und kulturell engagierte Existenz zwischen Kaiserreich und Emigration gelten kann.

Geboren wurde Artur Schweriner am 31. März 1882 in Czarnikau, einem kleinen Ort im damals noch deutschen Bezirk Posen. Czarnikau, eine Stadt mit 4.566 Einwohnern (1885) wies einen jüdischen Bevölkerungsanteil von 19 Prozent auf. Im Bezirksarchiv von Poznan finden sich nur noch seine Geburtseinträge, aber nichts über die Lebensumstände der Familie. Von seinem Vater Moses wissen wir nur, dass er Bäcker war und 1887 verstarb. Seine Mutter Rika musste ihn offenbar allein großziehen. Wenig bekannt ist auch über weitere Familienmitglieder. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich bei dem 1873 geborenen Oskar Theodor Schweriner, einem seinerzeit für seine Kolportage- und Spannungsromane recht bekannten Schriftsteller, um einen Bruder. Während wir über Oskar Theodor wissen, dass dieser bereits als junger Mann für mehrere Jahre in die Vereinigten Staaten ging, dort als Journalist arbeitete und um die Jahrhundertwende nach Deutschland zurückkehrte, können über den Weg Artur Schweriners bis 1904 nur Spekulationen angestellt werden. Auch in seinen späteren Artikeln finden sich kaum verwendbare Anhaltspunkte.

1904 kam er als Lehrer der jüdischen Gemeinde Bad Salzuflen in das Fürstentum Lippe. Da die Meldeunterlagen der Stadt aus jenen Jahren nicht mehr erhalten sind, ist weder seine dortige Adresse noch sein vorheriger Wohnort überliefert. Drei Jahre blieb Schweriner in der Stadt. Es waren Jahre, die prägend für sein weiteres Leben waren. In Lippe lernte er den linksliberalen Zeitungsverleger, Landtags- und späteren Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Adolf Neumann-Hofer kennen. Neumann-Hofer engagierte den jungen Lehrer in Nebentätigkeit als Berichterstatter für seine *Lippische Landeszeitung*. Schweriner fand Gefallen an dieser Arbeit, wurde Mitglied der Lippischen Liberalen Volkspartei und unterstützte Neumann-Hofer aktiv in seinen Wahlkämpfen. Dieser räumte ihm in den Spalten seiner Zeitung Raum für Glossen ein. Unter dem Pseudonym *Spectator* veröffentlichte Schweriner seine scharfsinnigen Gedanken zum Konkurrenzblatt *Lippische Tageszeitung* und zu politischen Missständen. Eine Broschüre unter dem Titel „Und Lippe lacht ...“, die er 1906 publizierte, zog den ersten Beleidigungsprozess nach sich. Schweriner war vermutlich auch Verfasser eines ausführlichen Artikels auf der Titelseite der Ausgabe vom 11. August 1906. In diesem prangerte er die mangelnde gesellschaftliche und politische Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung im Fürstentum Lippe an. Sein Humor und seine Neigung für das Komische lassen sich bereits in einem Bühnenstück erkennen, das er für eine Chanukkafeier der jüdischen Gemeinde in Bad Salzuflen verfasst hatte, und 1905 in einem kleinen Verlag veröffentlichte: „Der gute Ton im Hause Hillels“. Angesiedelt ist die Handlung im Orte Langenholzhäusen im „Fürstentum L.“.

Seine grundliberale Einstellung, sein öffentliches Eintreten für die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung waren augenscheinlich nicht wenigen Gemeindemitgliedern ein Dorn im Auge. In späteren Artikeln und Anekdoten polemisierte er gegen die Neigung vieler Juden, sich möglichst unauffällig und konform zu verhalten. Im Laufe des Jahres 1907 trennte sich die jüdische Gemeinde in Bad Salzuflen von ihm. Ausschlag-

gebend war die Herausgabe einer liberalen Zeitung vor Ort. Die eindeutige und öffentliche Positionierung ihres Lehrers behagte dem Vorstand wenig.

Artur Schweriner ging nach Berlin und arbeitete dort als Journalist. Nicht auszuschließen ist, dass der Detmolder Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Adolf Neumann-Hofer ihm bei diesem Wechsel behilflich war. Schweriner schrieb für verschiedene jüdische Tages- und Wochenzeitungen. Gemeinsam mit seinem aus den USA zurückgekehrten Bruder Oskar Theodor arbeitete er vielleicht auch für die angesehene *Vossische Zeitung*. Aktiv war er außerdem für den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV). Er lieferte sowohl dem CV-Organ *Im deutschen Reich* als später der *CV-Zeitung* Artikel. Nicht selten berichtete er von Sitzungen des Reichstages und über Ausfälle der christlich-sozialen bzw. antisemitischen Abgeordneten. Während seiner Zeit in Berlin heiratete Schweriner 1909 die damals 20-jährige Else Lewy aus Küstrin.

Im Winter 1911/12 begab sich Schweriner auf Bitten der lippischen Liberalen wieder ins Fürstentum. Seine Aufgabe bestand darin, den Wahlkampf der Liberalen besonders gegen die Christlich-Sozialen zu unterstützen. Artur Schweriner trat als Redner in deren Veranstaltungen auf, die daraufhin nicht selten in hitzigen Rededuellen und Tumulten endeten. Die *Lippische Tageszeitung*, die mit den Konservativen und den Christlich-Sozialen sympathisierte, hetzte in ihrer Berichterstattung gegen den „Juden Schweriner“. Die Folge waren Beleidigungsklagen Schweriners vor dem Amtsgericht in Detmold. Einige Episoden aus diesen Wochen hielt er 1925 in seinem „Tagebuch eines Unentwegten“ unter dem Titel „Ein verpfushtes Leben?“ fest.

Im September 1912 übernahm Schweriner den Posten des Chefredakteurs des *Lüdenscheider Tageblattes*, einer linksliberalen Zeitung, die in der südwestfälischen Industriestadt Lüdenscheid versuchen musste, sich gegen drei vor Ort bestehende Konkurrenzblätter zu behaupten, von de-

nen zwei rechtsliberal eingestellt und eine sozialdemokratisch war. Mit unübersehbarer Verve machte sich der Neuankömmling daran, sich in der Stadt einen Namen zu machen und geriet dabei in Auseinandersetzungen sowohl mit den örtlichen Honoratioren wie mit Vertretern der SPD. In der Lüdenscheider Gesellschaft konnten er und seine Frau Else die Stellung von Außenseitern während dieser Jahre nie ganz ablegen. Schweriner kam es indessen zugute, dass der Wortführer der Freiheitlichen Volkspartei in der Stadtverordnetenversammlung, Jakob Cohen, ein Jude wie er war. Immerhin ging das „Lüdenscheider Tageblatt“ im Oktober 1913 auch in Schweriners Besitz über. Seine Bemühungen um eine Profilierung des Blattes scheiterten jedoch im Zuge des Kriegsausbruchs, und im Januar 1915 musste er Konkurs anmelden.

Zu diesem Zeitpunkt hatte er jedoch bereits ein weiteres Projekt aus der Taufe gehoben, die *Lüdenscheider Zeitbilder*, eine *Illustrierte Zeitschrift für Stadt und Amt Lüdenscheid*, die ein Novum der regionalen Presselandschaft darstellte. Ihr Inhalt jedoch war höchst einseitig: der Krieg, seine Folgen für das zivile Leben in der Stadt und die Lüdenscheider Soldaten. Artur Schweriner verfiel nicht in nationales Pathos wie seine konservativen Gegner, stellte sich aber als deutscher Jude loyal zum Staat und versuchte die Ereignisse zu einem wirtschaftlichen Neubeginn zu nutzen. Die *Zeitbilder* wurden ebenso ein Publikumsrenner wie die großstädtisch aufgemachte Zeitung *L.T. am Abend*, die von Ende 1914 bis 1918 erschien.

Je länger der Erste Weltkrieg dauerte, desto größer schienen jedoch Schweriners Zweifel an seinem Sinn zu werden. Von Juli 1915 bis Februar 1916 trug er selbst vorübergehend eine Uniform als Landsturmrekrut in Oberlahnstein, doch damit war seine ernüchternde Selbsterfahrung als Soldat bereits beendet. Wieder zurück in Lüdenscheid, betrieb er die *Zeitbilder* weiter und gab darüber hinaus einzelne *L.T. Bücher* heraus, kleine Broschüren, in denen er vermehrt den Kriegsalltag satirisch aufs Korn nahm.

Mit Sorge musste er nun auch in Lüdenscheid gelegentlich antisemitische Töne vernehmen, die bislang hier fast völlig ausgeblieben waren. Dies und das Scheitern seiner Illusionen in der frühen Kriegszeit scheinen sein politisches Engagement neu entfacht zu haben. Wenige Wochen nach dem Waffenstillstand schloss er sich der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an und setzte sich für eine Zusammenarbeit mit der Arbeiterschaft ein. Das verschaffte ihm in bürgerlichen Kreisen weiteren Misskredit. Dass er nun auch stellvertretender Vorsitzender der neuen jüdischen Gemeinde war, führte zu verstärkten Ressentiments. Ein konkurrierender Zeitungsverleger kaufte wohl nicht nur aus wirtschaftlichen Motiven die Druckerei der *Lüdenscheider Abendzeitung* im August 1919 auf, die Schweriner erst kurz zuvor gegründet hatte. Für kurze Zeit versuchte sich der Redakteur noch mit der Herausgabe eines *7-Uhr-Abendblatts* über Wasser zu halten, das in Hagen hergestellt wurde, in der Druckerei jener sozialdemokratischen Presse, die Schweriner bis 1914 noch attackiert hatte. Wahrscheinlich trat er schon in diesen Monaten von der aussichtslosen DDP zur SPD über. Im Juli 1920 zogen Artur und Else Schweriner, deren Ehe im übrigen kinderlos blieb, nach Berlin zurück, nicht ohne dabei eine kleine Broschüre mit dem Titel *Lüdenscheider ABC* zurückzulassen, in dem in satirisch zugespitzter Form der Freuden und Leiden der letzten Jahre gedacht wurde.

Nach der Rückkehr nach Berlin war Schweriner als Syndikus des CV Berlin tätig, verfasste weiterhin Artikel für die *CV-Zeitung* und war verantwortlicher Redakteur für die *Groß-Berliner CV-Post*. Ebenfalls war er als Redner für den CV reichsweit im Einsatz. Mit zunehmendem Bedeutungsgewinn der Nationalsozialisten agierte Schweriner häufiger als Redner für das 1924 gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Zwei Broschüren aus jener Zeit, die aus seiner Feder stammten, zeugen von diesem Engagement. Wieder aber eckt Schweriner an. Innerhalb des CV schienen sowohl seine SPD-Mitgliedschaft als auch sein Eintreten für das Reichsbanner nicht akzeptiert. 1929 entwickelte Schweriner gemeinsam mit Reichsban-

ner-Prominenten das Konzept für eine moderne Wochenzeitung, die den Nationalsozialisten aggressiv begegnen sollte. Im Oktober erschien die erste Ausgabe des *Alarm*, des „Kampfblattes gegen die Feinde der Republik“. Das Ergebnis sorgte innerhalb des CV für Auseinandersetzungen. Letztendlich stand nur noch das Reichsbanner selbst hinter dem Blatt, das sich als Gegengewicht zu nationalsozialistischen Blättern wie den *Völkischen Beobachter* oder den *Stürmer* verstand.

Kurz nach der „Machtergreifung“ verließ das Ehepaar Schweriner Deutschland. Ehefrau Else fand den Weg über die Schweiz nach Südtirol und von dort in die USA, Artur über die Schweiz nach Paris. Sein Bruder Oskar Theodor lebte dort. Im September 1933 verließ Artur Schweriner an Bord eines Passagierdampfers *Le Havre* mit Ziel New York. In New York arbeitete er für die sozialdemokratische deutschsprachige *Neue Volkszeitung*. Dort veröffentlichte er unter dem Namen Artur Fischer regelmäßig Artikel, wobei er diesen Namen offenbar auch außerhalb des Berufslebens aus bislang unbekanntem Gründen annahm. Seit 1934 schrieb er eine wöchentlich erscheinende, satirische Kolumne unter dem Pseudonym Gaudeamus. Auch hier blieb er seiner Linie treu. In einigen dieser Artikel und Kolumnen setzte er sich bissig mit den Geschehnissen in Nazi-Deutschland auseinander oder polemisierte gegen die Auslandsorganisation der Partei in den USA. So kämpferisch er dabei war, so vehement setzte er sich inzwischen für pazifistische Ideale ein. Seine Prosa war im Stil Kurt Tucholskys verfasst, seine gelegentlichen lyrischen Arbeiten orientierten sich an Heinrich Heine, und überhaupt war die Vermittlung deutscher Literatur, sofern sie einen aufklärerisch-emanzipatorischen Anspruch hatte, unter den deutschen Emigranten offenbar ein Herzensanliegen Schweriners. Aber auch „Buntes“ besaß einen hohen Stellenwert. In seiner Gaudeamus-Kolumne begegneten die Leser häufig imaginären Familiengeschichten aus dem ostpreußischen Polkitten. Unter dem Pseudonym Artur Fischer veröffentlichte Schweriner 1935/36 in der *Neuen Volkszeitung* auch den Fortsetzungs-

roman „Wenn reiche und wenn arme Mädchen lieben“, in dem er ein Frauenschicksal aus Emigrantenkreisen schilderte. 1935 publizierte Schweriner außerdem sein erstes und einzig bekanntes englischsprachiges Buch „How far shall we go? A study of facts on the question of Jewish bolshevism“.

Mit seiner neuen Heimat New York freundete er sich rasch an und engagierte sich sogleich wieder politisch, u.a. zugunsten der Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky, in einem Komitee gegen die Verurteilung des mutmaßlichen Mörders des Sohnes von Charles Lindbergh, des deutschstämmigen Bruno Hauptmann, und im American Jewish Committee. Ein besonderes Anliegen war ihm, vor der durch den Nationalsozialismus heraufbeschworenen Kriegsgefahr zu warnen. 1940 wurden Artur und Else Schweriner amerikanische Staatsbürger. Ein Jahr später verzogen beide von New York nach Florida. Schweriner wollte dort in die Redaktion des deutschsprachigen *Florida-Echos* eintreten. Eine Darmverschlingung vereitelte dieses Vorhaben. Trotz einer Operation verstarb er im Alter von 59 Jahren am 31. Oktober 1941 in einem Krankenhaus in Miami. Das weitere Schicksal seiner Ehefrau Else Schweriner ist bislang noch unbekannt.

Weitere Hinweise zur Biographie von Artur und Else Schweriner oder zu Quellen nehmen Jürgen Hartmann und Dietmar Simon gern unter redaktion@rosenland-lippe.de entgegen.

Anhang

Artur Schweriners 1925 erschienenes Buch „Ein verpfushtes Leben? Heiteres aus dem Tagebuch eines Unentwegten“ enthält einige lesenswerte Erinnerungen an die Zeit des Reichstagswahlkampfes in Lippe 1911/12, an die Auseinandersetzungen mit den Antisemiten aber auch den seines Erachtens übertriebenen Ehrgeiz der jüdischen Bürger, jegliches Auffallen in der Gesellschaft zu vermeiden. Im Folgenden ist das zweite Kapitel wiedergegeben:

Am 2. Dezember 1911 erhielt ich folgenden Brief:
Detmold, 1.12.1911.

Lieber Freund!

Wir sind hoch erfreut darüber, dass wir, wie vor fünf Jahren, auf Deine Hilfe im Wahlkampfe rechnen können. Das macht Deinem Idealismus und Deinem guten Herzen alle Ehre. Deine Bedenken in der Richtung, dass Du in diesem Jahre nicht so gut der liberalen Sache wirst dienen können, weil die Konservativen zugunsten eines Christlich-Sozialen (Bürstenmacher Kuhle¹. Verf.) verzichtet haben, sind hinfällig. Wenn sie es wagen sollten, in Lippe in Radauantisemitismus zu machen, dann bist Du doch eigentlich der Berufenste, die Leute in die Schranken zu weisen. Aber man wird sich fein säuberlich hüten! Bei uns ist, Gott sei Dank, der Antisemitismus unpopulär. Du kannst gleich von Berlin aus in die erste Versammlung fahren. Wo sie stattfindet, teilen wir Dir noch mit.

Herzlichen Gruß!

Dein St.²

Was war mein Freund für ein Optimist! Kaum hatte ich meine rednerische Tätigkeit im Wahlkampfe begonnen, brachte die *Lippische Tageszeitung*, das offizielle konservative Organ, eine „Briefkastennotiz“:

Zwei Wettende in B. ... Der Neumann-Hofersche³ Agitator Artur Schweriner ist Jude.

¹ Es handelt sich um Heinrich Kuhlmann aus Lemgo. Er war Kandidat der so genannten Nationalen Sammelkandidatur aus Konservativer, Christlich-Sozialer Partei und Zentrum. Vgl. Jürgen Hartmann: Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP; in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde Bd. 60 (1991), S. 149-198.

² Verfasser des Briefes ist zweifellos Max Staercke, Redakteur der Lippischen Landeszeitung und wie Schweriner Freund des liberalen Reichs- und Landtagsabgeordneten Adolf Neumann-Hofer.

³ Neumann-Hofer kandidierte im gleichen Wahlbezirk wie Kuhlmann. Der Liberale setzte sich später in der Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Kandidaten durch. Vgl. Jürgen Hartmann: „Diesem Gesindel ganz gehörig entgegengetreten“ – Der Linkliberale Adolf Neumann-Hofer und der Antisemitismus in Lippe. Erscheint demnächst.

Ich merkte die Absicht und wurde nicht verstimmt. Nun gerade! Und als auf der ersten liberalen Tagung die Notwendigkeit betont wurde, die christlich-sozialen Wahrheitsritter nicht allein zu lassen, meldete ich mich als Freiwilliger, allabendlich Wortführer Gleichgesinnter in den antisemitischen Versammlungen zu sein.

Tintrup. Ein kleines Bauerndörfchen in der Nähe der „Hexenstadt“ Lemgo. Schneetreiben. Wegweiser verschneit. Mit dem Rade bergauf, bergab. Keine Menschenseele, die einem hätte Auskunft geben können! Endlich – ein Wagen! Halt! „Wo geht es hier nach Tintrup?“

„Was sagt man dazu? Sie, Herr Schweriner, bei solchem Wetter auf der Landstraße? Das haben Sie nötig gehabt! Ich muss! Aber Sie?! Stellen Sie Ihr Rad hinten rauf! Bis vor das Dorf können Sie mitkommen!“

Rauf auf den durch ein überragendes Dach einigermaßen geschützten Kutschersitz!

„Was machen Sie jetzt in Berlin? Gestern haben wir noch in Salzuflen von Ihnen gesprochen! Sind Sie noch Lehrer?“

„Nein – Journalist im Reichstag, Herr Silberstein!“
„Haben Sie das nötig gehabt? Journalist! Auch ein Beruf! Sie glauben nicht, wie die Kinderchen noch an Ihnen hängen! Jetzt hätten Sie im Ratskeller sitzen und bekoweten Skat spielen können! Einen netten Nachfolger haben wir da bekommen. Am Sukktoh hat er über Schebuoth gepredigt! Meine Frau – Sie wissen doch noch, die Sie immer begleitet hat, wenn Sie ‚Tom, der Reimer‘ von Schubert gesungen haben ...“

„Von Löwe!“

„Meinetwegen von Löwe! Meine Frau findet sich in den Musikern aus und ich in den Fellen! Ein Glück, dass es nicht umgekehrt ist, sonst müssten wir verhungern! – Wenn Sie bei uns Lehrer geblieben wären, hätten Sie jetzt in der warmen Stube singen können bei Tee und Gebäck!“

„Ist Ihr neuer Lehrer musikalisch?“

„Fragen Sie nicht! Dass er nicht reden kann, ist ein Unglück; dass er aber auch nicht singen kann, ist direkt ein Malheur. Vorige Woche hat er ‚Leco

Daudi' nach der Melodie: ‚Ach, wie ist's möglich dann!‘ gesungen, und der meschuggene Stern, der auf den Lehrer was hat, weil er noch keine Visite bei ihm gemacht hat – Sie wissen doch, Sterns Lucie! Vorsicht! Sie ist inzwischen nicht jünger und nicht schöner geworden trotz der kurzen Röckchen! – was soll ich Ihnen sagen: Stern ruft ganz laut, dass es vorn bis zu mir zu hören war: ‚Jetzt singt er Lohengrin!‘ Seitdem heißt der arme Mensch ‚Lohengrin!‘“

„Und wie geht es Ihrem Nichtchen?“

„Sind Sie schon verheiratet?“

„Seit einem Jahr!“

„Das haben Sie nötig gehabt! Was werden Sie groß als Journalist haben für Ansprüche machen können? 'ne Schauspielerin, was? Die Naive vom Sommertheater, was? Reden Sie nicht: was kommt zu was, und brotlos kommt zu brotlos.“

„Meine Frau ist die Tochter eines angesehenen Geschäftsmannes!“

„Na – und pekuniär?“

„Wir haben aus Liebe geheiratet.“

„Lassen Sie sich's von mir sagen: Sie werden so lange ideal bleiben, bis Sie auf die Nase fallen werden. Es hat sich schon einer aus Idealismus bei solchem Wetter eine Lungenentzündung geholt! – Was wird die Grete Augen machen, wenn ich ihr morgen erzählen werde, Sie sind schon ein Jahr verheiratet. Das dumme Ding wird schwer zu verheiraten sein mit ihren großen Plänen. Nur keinen Geschäftsmann! Sie kann die Ladenklingel nicht hören! Ihre Schule! – Darf man fragen: Ist schon was unterwegs?“

„Mein Frauchen ist unterwegs zu ihren Eltern. Will dort über die Wahlbewegung bleiben!“

„Schön ist anders! Einer hier, einer da. Na – und lohnt sich denn wenigstens so ein Wahlkampf? Solche sechs Wochen müssen doch so viel einbringen, dass Sie sechs Monate gut leben können! Wie Sie sich da abstrapazieren müssen! Bei Sturm und Wetter rein in den warmen Saal, raus in die Kälte! Ich dürfte Ihre Frau nicht sein!“

„Kampf ist Überzeugung, lieber Silberstein. Dafür gibt es heute keinen Tarif!“

„Meine Überzeugung ist, dass ich ein schlechter Geschäftsmann bin, wenn ich mir auf der Treib-

jagdauktion in Tintrup heute abend nicht sämtliche Hasenfelle sichere!“

„Wo findet die Auktion statt?“

„Im Gasthaus zur Forelle.“

„Da will ich doch heute reden!“

„Reden?“

„Ja – über das Thema: ‚War Stoecker arbeiterfreundlich?‘“

„Und wenn er, Gott behüte, nicht arbeiterfreundlich war: was geht Sie das an? Von den Ziegeleiarbeitern kann ich nicht leben, die gehen nicht auf die Jagd. Die paar Ziegenlämmer – da kann man den Laden bald zumachen. Wozu, mein lieber Herr Schweriner, machen Sie eigentlich den Risches?“

„Wenn die Ziegelbäcker gegen Sie aufgehetzt werden – vorgestern hat ein Christlich-Sozialer über das arbeiterfreundliche Programm seiner Partei in Tintrup gesprochen –, werden Sie so lange gute Geschäfte machen, bis man Sie eines Tages auf der Landstraße ausplündern und totschlagen wird.“

„Lächerlich. Der alte Hecht in Detmold wird eher trefe essen, als der Antisemitismus nach Tintrup kommt. Sie kennen Land und Leute nicht! Die meinen das gar nicht so. – Letztens hat mich ein Gutsbesitzer – die ganze Konkurrenz sagt, er ist Antisemit von reinstem Wasser, und ich sage Ihnen, er ist ein feiner Mann – so nebenbei gesagt: ‚Sagen Sie mal, Silberstein, wie wird das einmal mit eurem Geschäft werden, wenn ihr alle nach Palästina auswandern müsst? Da müsst ihr doch ‚Hasenfelle en gros‘ aufgeben, hä?!‘ Hab' ich ihm schlagfertig geantwortet: ‚In Palästina werden so viele Hirsche sein, Herr Baron, dass man gar keine Hasen braucht.‘ Er wollt' sich schief lachen, der Herr Baron.“

„Auf Ihre Kosten.“

„Im Gegenteil. Er war so vergnügt, dass er mir einen guten Preis gezahlt hat. – Ausgerechnet in der Hasenzeit müssen Sie in Tintrup reden!“

„Wir sind wohl am Ziel. Ist das nicht schon der Kirchturm?“

„Was die Zeit vergeht, wenn man plaudert! So, nun steigen Sie ab und fahren Sie in Gottes Namen ins Dorf.“

„Wir haben doch einen Weg!“

„Das könnte mir fehlen, mit Ihnen in der ‚Forelle‘ abzusteigen. Wie sagt doch der Dichter?“

„Verderb` mir nicht das Geschäft, mein Kind, und grüß` mich nicht in Tintrup!“ rief ich dem in Galopp Davonfahrenden nach. Trotz der Schneeglätte wollte er sich so schnell wie möglich von mir loslösen.

Große, dicke Rauchwolken fluten dem Eintretenden aus dem kleinen Gastzimmer der ‚Forelle‘ entgegen. Der Kenner merkt sofort: Jägertabak, im Freien zu rauchen.

„Bin ich hier recht im Gasthof ‚Zur Forelle‘? Hier ist doch für heute abend eine liberale Wählerversammlung einberufen?“

Der Wirt fordert mich nicht auf, näher zu treten, sondern verabschiedet mich gleich an der Tür mit den Worten:

„Ich rate Ihnen, mein Herr, fahren Sie schleunigst nach Detmold zurück! Drinnen im Saal spielt die Jagdgesellschaft Skat. Sie wissen doch, wie das so bei Jägern ist: Sie trinken sich einen über den Durst und dann haben wir den Salat.“

Im gleichen Augenblick tritt ein Arbeiter auf mich zu, packt mich am Arm und ruft mit Donnerstimme:

„Wir haben den Saal gemietet und sollen uns jetzt vor denen da verkriechen? Wir werden sofort mit der Sitzung beginnen, mag kommen, was da kommen mag!“

Ein unvergessliches Bild. Das schwache Petroleumlicht im vergeblichen Kampf mit den Rauchschwaden. An einem Tische auf der rechten Seite des kleinen Raumes acht Leute in Jagdkleidung, Flinte zwischen den Beinen, Hunde neben sich. Links im Saale zwanzig Arbeiter, darunter der Lehrer des Dorfes, ohne Sitzgelegenheit in geheimnisvollen Vorahnungen über die Entwicklung, die der Abend nehmen könnte. Als ich in diesen Kreis trete, beginnt das Skandalieren an dem Jägertisch. Jede ausgespielte Karte wird laut genannt und mit einem gewaltigen Faustschlag auf den Tisch gelegt.

Im linken Teile des Raumes wird von einem Maurer die Sitzung eröffnet und mir das Wort erteilt. Die Jagdgesellschaft nimmt von dieser Versammlung keine Notiz, kann aber nicht verhin-

dern, dass ich mit lauter Stimme ein einstündiges Referat halte. Es klingt in ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den liberalen Kandidaten und das deutsche Vaterland aus. Verdutzte Gesichter auf der rechten Seite, als hier aus zwanzig Arbeiterkehlen das Deutschlandlied erklingt. Im Flüsterton werden noch Fragen der Kleinarbeit besprochen. Dann wollte ich mich verabschieden. Da tritt ein junger Ziegelarbeiter an mich heran und erzählt mir, er habe soeben an einem Bauertisch gehört, man wolle es dem Juden, der die Arbeiter aufhetze, heute abend schon zeigen: „Sie dürfen unter keinen Umständen mit dem Rade nach Hause fahren, sondern müssen hier über Nacht bleiben. Der Wirt hat es abgelehnt, Ihnen ein Zimmer zu geben, weil er dann den Boykott der Bauern fürchtet. Der steckt überhaupt mit den Bauern unter einer Decke, obwohl er in der Hauptsache von den Arbeitergroschen lebt.“

„Dann kommen Sie eben zu mir“, spricht einladend der Vorsitzende der Ortsgruppe, ein biederer Maurersmann, und schlägt mir mit seinen schwieligen Fäusten vertraulich auf die Schultern. Wie oft habe ich beim ‚Griffekloppen‘ auf dem Kasernenhof an diesen Schulterschlag gedacht! Also in des Maurers Haus. Schneetreiben, dass man es nicht wagen kann, den Kopf in senkrechte Haltung zu bringen. Hundert Fehlritte, an Düngerhaufen vorbei und über Düngerhaufen hinweg. Endlich ein kleines Bauernhäuschen, in dem Mensch und Vieh in trauter Eintracht beieinander wohnen. Auf der Diele grüßen mich alle Fakultäten der Kleintierzucht. Drei Schritte weiter die Pforte des ehelichen Glückes unseres braven Maurermannes, eine kaum mannshohe, zerfallene Tür, in die ich mich, ruhebedürftig begeben wollte.

„Einen Augenblick, lieber Freund, so schnell schießen die Preußen nicht!“

Und der Hausherr klopft laut an die danebenliegende Tür. „Tine, steh auf, geh zum Muttern ins Bett, wir haben Besuch!“

Ehe ich die Situation klären konnte, öffnete sich die kleine Tür und vorbei huschte an mir die 18-jährige Tine. Ich schließe die Augen ...

Eine einladende Geste des Herrn des Hauses:
“Das Bett ist frei, lieber Freund! Schlafen Sie so
gut, wie das ein Städter in einem einfachen Bau-
ernbett kann.“

Draußen bellten die Hunde der Jagdherren, ver-
geblich auf Menschenbeute wartend. Was sind
seidene Kissen eines hochfürstlichen Daunen-
bettes gegen buntkariertes Bauernleinen in solcher
Nacht!⁴



Umschlag von Artur Schweriners Buch „Ein verpfushtes Leben?“,
Berlin 1925. (Privatbesitz)

⁴ Artur Schweriner: Ein verpfushtes Leben? Heiteres aus dem Tagebuch eines Unentwegten. Berlin 1925. Kapitel 2; S. 5-15.

Rezensionen

Frank Budde: Holz und Historismus. Der Zimmermeister Wilhelm Schmidt und seine Bauten in Detmold. Detmold 2005 (Sonderveröffentlichungen des NHV, Bd. 76) – 104 S., zahlr. Abb., Pläne, Risse.

Wenn man wie der Rezensent täglich zweimal die Stadt Detmold durchquert, versteht man die Beschwörung der „wunderschönen Stadt“ im Volkslied. Man sieht aber auch, vom Parkplatz, dem die Stadtküche weichen musste, über diverse Lückenbüßer etwa in der Krumpfen Straße bis zum Parkhaus an der Hornschen Straße, wie labil dieser Zustand ist, wie wenig rücksichtsvoll mit der Substanz umgegangen wird, wenn nur ein Investor Parkplätze braucht oder mit dem Verlust von Arbeitsplätzen droht. Zu den Schönheiten der Stadt gehören auch viele Bauten im Vorfeld der Altstadt, im Gürtel der Erweiterungen des 18. und 19. Jahrhunderts, besonders der Gründerzeit seit 1871. Der ästhetische Wert dieser Bauten ist nicht immer anerkannt worden, so hat etwa der Detmolder Kulturguru der Nachkriegszeit, Dr. Gerhard Peters, sein Anathema gegen alles geschleudert, das nicht seiner persönlichen Vorstellung vom reinen Stil entsprach. Aber es gab auch immer den Widerstand selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger – sie haben den Donopbrunnen ebenso gerettet wie das Haus Münsterberg und zuletzt das Sommertheater.

Die Detmolder Bauten der Gründerzeit sind erstmals im stadtgeschichtlichen Projekt „Detmold um 1900“ gewürdigt worden (mit Beiträgen von Eckart Bergmann, Heinrich Stiewe, Alexander Uhlig und Peter Wagner). Frank Budde lenkt das Interesse nun auf ein Detail des Historismus: die Holzarbeiten, und hat dabei die Spur eines Mannes aufgenommen, der das Bild der Stadt mehr als fünf Jahrzehnte lang mitgeprägt hat. Es handelt sich um Wilhelm Schmidt, Zimmermeister und Architekt, Bauherr und Unternehmer. Schmidt, 1849 in Blomberg geboren, absolvierte seine Lehre beim Detmolder Zimmermeister Christian Simon Beneke, an die sich eine Fortbildung an der Baugewerkschule Holzminden an-

schloss. 1877 heiratete Schmidt Benekes Tochter Emma und übernahm im gleichen Jahr den Betrieb des Schwiegervaters.



Das Ehepaar Schmidt, 1915. (Foto in Privatbesitz)

Beneke und Schmidt waren aus gleichem Holz geschnitzt. Zimmerleute waren seit jeher Grenzgänger zwischen Handwerk und Architektur und hatten selbständig Häuser und Höfe auf dem Lande geprägt. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts sahen die Innovativsten unter ihnen ihre Chance bei der Erweiterung der Städte. Sie präsentierten sich dort als Handwerker, die ihren Beruf beherrschten und deshalb zur Ausführung größerer Bauten herangezogen wurden (bei Schmidt z. B. das Sommertheater und die Christuskirche), darüber hinaus aber auch selbst Bauten und ganze Straßenelemente zu planen und auszuführen imstande waren (bei Schmidt etwa die Gartenstraße Nr. 2 bis 8) und zuletzt als Unternehmer durch Kauf und Bebauung von Grundstücken auf das Bedürfnis der gesellschaftlichen Eliten nach Luxuswohnungen vor den Toren der Stadt spekulierten. Sie hatten die Zeichen der Zeit früher erkannt als viele ihrer Zunftgenossen und nutzten die Regeln der kapitalistischen Ordnung.

Mit ihnen entwickelte sich eine neue gesellschaftliche Schicht, ein Mittelstand als wichtiges Element der bürgerlichen Gesellschaft mit Handwerkern, die eine vom Fürsten verliehene Anerkennung (Beneke wurde 1855 Hofzimmermeister, Schmidt 1914) zwar noch schätzten, aber nicht mehr auf sie angewiesen waren. Benekes gesellschaftliche Stellung zeigte sich, als er den Wunsch

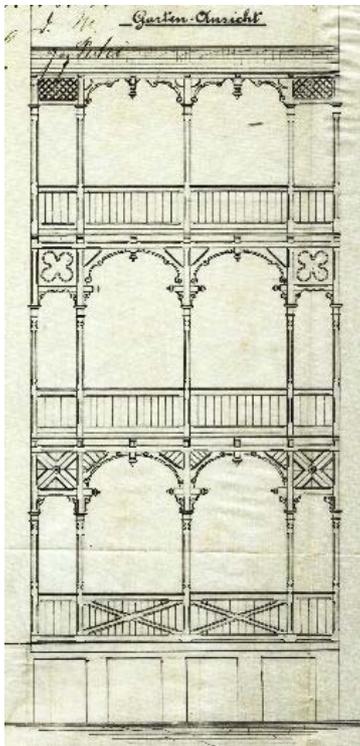
durchsetzen konnte, eine von ihm bebaute Straße auch nach ihm zu benennen, während sich der soziale Rang seines Schwiegersohnes in wichtigen geschäftlichen, berufsständischen und politischen Positionen manifestierte. Schmidt war in der Geschäftsführung der über Detmold hinaus bedeutenden Stuckfabrik Lauer mann engagiert, er war Mitglied in der Prüfungskommission der Detmolder Baugewerkschule und saß im Vorstand der Handwerkskammer, er war von 1908 bis 1913 Stadtverordneter und stieg 1910 in den Magistrat auf. 1922 gab Schmidt sein Geschäft auf, 1926 ist er in Detmold verstorben.



Holzdecke des Salons in Schmidts Wohnhaus Benekestraße 7. (Foto: Frank Budde, 2002)

Frank Budde verfolgt nun die Spuren dieses Mannes und stellt sie in Texten, Plänen, Rissen und Bildern ausführlich vor. Ein Werkkatalog mit 34 Objekten und ein Stadtplan, in dem diese Objekte markiert sind, fordert zur eigenen Anschauung auf. Manche Häuser erkennt man wieder, aber auf viele Details bei Außenansichten wird man erstmals hingewiesen und die Schmuckstücke der normalerweise nicht zugänglichen Inneneinrichtungen überraschen in ihrer Vielfalt. Dazu wirft Budde einen Blick auf die Familien Beneke und Schmidt, rekonstruiert partiell ihr Leben und ihren Aufstieg und lässt in Text und Bildern zuletzt auch die Auftraggeber und ersten Bewohner der neu gebauten Häuser erkennbar werden. Wichtige Detmolder Namen sind darunter: Georgette von Issendorff etwa, die Witwe des Hofmarschalls, der Afrikareisende Dr. Zintgraff, der in Amerika reich gewordene Kaufmann Franz Krohn, der Druckereibesitzer Klingenberg, der Brauereibesitzer Heinrich Düttemeyer oder der

Landgerichtsrat Max von Gevekot. Zu Recht nennt der Bauhistoriker Heinrich Stiewe in seinem Vorwort Buddes Arbeit auch ein „lebendiges Stück Kultur- und Sozialgeschichte Detmolds um 1900“.



Entwurfszeichnung für die Veranda an der Rückseite des Hauses Paulinenstraße 69 aus dem Jahre 1897. (Plan: Bauregistratur Stadt Detmold)

Man geht nach der Lektüre dieses schönen Bandes mit anderen Augen durch die Stadt. Man beachtet bisher Übersehenes und würdigt Bauelemente, die in Otto Gauls Detmoldband der „Bau- und Kunstdenkmäler von Westfalen“ niemals Eingang gefunden hätten. Man erinnert sich auch der Menschen, die diese Häuser schufen und die in ihnen lebten. Gebäude wie Menschen gehören zum historischen Erbe dieser Stadt und Buddes Buch wird dazu beitragen, sich dieses Erbes bewusst zu sein, es zu würdigen und zu erhalten.

Andreas Ruppert

Notizen

En passant: Lage - provinziell oder welttoffen?

Vor einigen Wochen war in der Lippischen Landeszeitung die Meldung zu lesen, dass die „Zeitlupe“ eingestellt werde, da sie nicht mehr finanzierbar sei. Die „Zeitlupe“, von der Stadtarchivarin Christina Pohl und dem Verleger Hans Jacobs redigiert und herausgegeben, ist als Historisches Jahrbuch für Lage im Jahr 2000 erstmals erschienen. Sie brachte Beiträge zur Geschichte von Flecken und Stadt Lage, die oft das Lokale mit dem Allgemeinen und Zeittypischen so verbanden, dass man sie auch außerhalb Lages mit Genuss und Gewinn las. Mit ihren Texten, den Abbildungen und der von Christina Pohl erstellten Jahreschronik hat sich die „Zeitlupe“ – neben dem Jahrbuch der Stadt Bad Salzuflen einziges Organ dieser Art in Lippe – schnell einen Platz gesichert. Dass sie nach wenigen Jahren wieder eingestellt werden muss, ist eine Kulturschande. Inzwischen hat sich Hans Jacobs entschieden, in Anknüpfung daran in Form eines Verlagsprojektes in lose erscheinender Folge Aufsatzsammlungen zur Geschichte Lages herauszugeben – die Rosenland-Redaktion wünscht dazu alles Gute!

Bemerkenswert ist auch eine andere Aktion des genannten Verlegers. Das von Nicolas Rügge, heute Staatsarchiv Osnabrück, erstellte Buch über Hardissen, heute Ortsteil von Lage, hat bei einem in die USA ausgewanderten Nachkommen des Hofes Brinkmeyer so großen Anklang gefunden, dass er für die Übersetzung und die Verlegung einer amerikanischen Version sorgte - Nicolas Rügge: Hardissen. History of a Village in Lippe. With contributions by Wilhelm Brinkmeyer and Walter Pfaff. Translation by Carol A. Devore on behalf of Marc Brinkmeyer. Lage 2006. Nun ist also eine Palette mit Büchern über Hardissen auf den Weltmeeren unterwegs.

(Ru.)